

Die „Volkswacht“
erschint wöchentlich 1 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Hauptstr. 176,
und durch Kolportage zu beziehen.
Preis vierteljährlich 27. 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen 27. 2.50,
frei ins Haus 27. 2.92,
wo keine Post am Orte, 27. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Vertriebspreis beträgt
für die einseitige Anzeigen-
über deren Raum 10 Pf.
Wochentags 40 Pf.
Doppelte unter 10 Pf.
Zusätze für Anzeigen 15 Pf.
Anzeigen 25 Pf.
Vertriebs-Veranstaltungen 25 Pf.
Zusätze für die nächste Nummer
müssen bis Donnerstag 10 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 114.

Breslau, Montag, den 18. Mai 1914.

25. Jahrgang.

Scheidemann und Delbrück.

Zu den Reichstagsdebatten der letzten Tage wird uns aus Berlin noch geschrieben:

Die innere Politik wurde vom Genossen Scheidemann in einer großen Rede, in einer der besten vielleicht, die dieser glänzende Redner der Sozialdemokratie jemals im Reichstage gehalten hat, einer erbarmungslos scharfen Kritik unterworfen. Der ganze reaktionäre Charakter, der die Politik der deutschen Regierung auszeichnet, fand in den Fragen allgemeiner Natur seine Würdigung, und es wurde wiederum festgestellt in dem Verhalten der Verwaltung und der Finanzen gegenüber den Gewerkschaften, den Genossenschaften und der von der Arbeiterklasse neu geschaffenen Versicherungsorganisation, der Volksfürsorge. Die Erlebnisse von Zabern in dem Straßburger Regierungswechsel und in den neuen Dienstvorschriften über das Eingreifen der bewaffneten Macht wurde zuerst besprochen. Das Haus, das mit großer Aufmerksamkeit den Ausführungen des Redners folgte, lauschte in atemloser Spannung, als die Rede zu einer gewaltigen Anklage gegen die Praxis der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der Vereinsgesetzgebung wurde. Das an sich vielleicht den bürgerlichen Parteien etwas nüchterne Thema gewann selbst für sie steigendes Interesse durch die leidenschaftliche Energie und durch die Überlegenheit des Vortrags und mehr noch vielleicht durch die großen Gesichtspunkte, die die ganze Rede in all ihren Teilen beherrschte. An der Regierungshand wurde man nervöser und nervöser und die Nervosität steigerte sich zu einer aufgeregten Fassungslosigkeit, als Scheidemann den dokumentarischen Beweis führte für die Teilnahme des preussischen Ministers des Innern und des Staatssekretärs des Innern an dem Komplott, das gegen die Volksfürsorge geschmiedet worden ist. Selbst die Zwischenrufe des Herrn Dr. Krauß, der sie gewiß gerechtfertigt gefunden hat, konnten den großen Eindruck der Rede nicht mindern, die unsere Genossen mit langem stürmischem Beifall lobten.

Man war gespannt darauf, wie Herr Dr. Delbrück sich aus der misslichen Situation retten würde. Er machte das nach dem üblichen Muster, indem er, so oft es irgend ging, die Kompetenz des Reiches bestritt und alles auf die einzelstaatlichen Parlamente abgab. Im übrigen meinte er, die Gewerkschaften seien seit der Schaffung des Vereinsgesetzes eben auf das politische Gebiet getreten. Die unbenutzten Dokumente aber über die Volksfürsorge, die seien natürlich entwendet gewesen, und er, der Staatssekretär, habe ja auch seine Pflicht getan, als er schließlich — nämlich als trotzdem nichts mehr zu machen war — die Bildung der Gesellschaft nicht gehindert. Und gleichfalls großem Beifall folgend, hielt er zum Schluß eine staatsreiterische Rede gegen die Sozialdemokratie, indem er sich namentlich auf den Ruf Wendels „Vive la France!“ stützte, allerdings in einem völlig verkehrten Zusammenhang.

Nach Herrn Mümm, den man übergehen kann, kam Genosse Gradnauer zu Wort. Er stellte zunächst den wirklichen Zusammenhang fest, in dem Wendel jenen Ausruf getan hat, und den klaren unausweichbaren Wortlaut. In Ausführungen von großer Schärfe und Präzision führte Gradnauer, gestützt auf ein unwiderlegbares Material, den Prozeß durch gegen die doppelte Praxis, die die Regierung den Organisationen der Arbeiterklasse und anderen Organisationen gegenüber befolgt. Das Material und die Anklage war erledigt, und der Staatssekretär begnügte sich auch in einer Replik, seinen Irrtum bezüglich des Wendelschen Zitats festzustellen, freilich nicht ohne hinzuzufügen, daß er seine übrigen Bemerkungen aufrecht erhalte, weil zweifellos mit einer bestimmten Absicht der Ruf von der Tribüne des Reichstags aus erhoben worden sei. Genosse Scheidemann erwiderte darauf kurz und schlagend, indem er wiederum konstatierte, wie absolut einwandfrei der Ruf Wendels gewesen ist und indem er an den ganz entsprechenden Ruf des Genossen Jaures in der französischen Kammer: „Es lebe Deutschland!“ erinnerte. Zu den angeblich entwendeten Dokumenten erklärte Scheidemann in einer witzigen Bemerkung, sie seien ihm im Saale des Reichstags von einem kaiserlichen Beamten übergeben worden und während das ganze Haus in größter Spannung dieser sensationellen Mitteilung folgte, fügte er hinzu, daß dieser Beamte — ein Briefträger war!

Herr Delbrück sagt zum Schluß — mit dem ganzen Aufwand der Originalität, die ihm zu Gebote steht — Ihr kämpft, also kämpfen wir auch! Worauf wir wiederum antworten: Bitte, nur ja! Bekämpft uns, soviel ihr wollt, bekämpft uns, wie ihr könnt, nehmt unsaubere Waffen, wenn ihr keine besseren habt und geht krumme Wege, wenn euch die graden nicht liegen! Wir aber werden es uns nicht nehmen lassen, neue Kampfmethoden aufzudecken, und die Tatsachen festzustellen, wie es am Freitag im Reichstag geschehen ist. Vor der Gefährlichkeit werden wir geradezu soviel Respekt haben — wie ihr, und auf einen Schelmen werden wir anderthalbe setzen. Darum freuen wir uns auch, daß noch jetzt, kurz vor dem Ende der Reichstagsession dieser schmetternde Kampfruf ins Land hinausgegangen ist, und daß wir aus den letzten Reichstagskämpfen das Gefühl mitnehmen können: Wir sehen unsern Mann!

Politische Uebersicht.

Stendal-Osterburg.

Bei der Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Osterburg-Stendal wurden endgültig gewählt für Goesch (Konf.) 12 221, Wachhorst de Wente (Natl.) 7037, Weims (Soz.) 6926 Stimmen. Es bleibt also bei der Stichwahl zwischen Goesch und Wachhorst de Wente.

Der wenig erfreuliche und für die Nationalliberalen besonders niederdrückende Ausfall der Reichstagsersatzwahl von Stendal-Osterburg gibt dem „Deutschen Kurier“ Anlaß zu folgenden Betrachtungen:

Wer wie wir in dem Wahlkampf mitgekämpft hat, der weiß, daß nur den niedrigen und verwerflichen Mitteln des Boykotts und Saalabtreibens — in fast 70 Ortschaften war für die Liberalen sogar nicht einmal ein Plüsch unter freiem Himmel zu erhalten — die Konservativen ihren Zuwachs verdanken, und darauf brauchen sie wahrhaftig nicht stolz zu sein. Sie hat, das darf man ruhig behaupten, die konservative Partei auch im dunkelsten Ostelbien nicht, mit so niedrigen und verwerflichen Mitteln gesucht, wie in Osterburg-Stendal mit Terrorismus und Boykottandrohung, mit Saalabtreiben und persönlicher Bege gegen den liberalen Kandidaten. Gerade das aber muß in der Stichwahl alle liberalen Kräfte antreiben, nun erst recht mitzuarbeiten, daß die Konservativen einen Zeitkessel erhalten, den sie dann für die Zukunft beherrichen. Alles, was solche niedrigen Kampfmittel verabscheut, muß sich zusammenschließen, um ein für allemal den konservativen Herren zu zeigen, daß man gewillt ist, mitten im Herzen des Deutschen Reiches solche Manieren nicht mehr zu dulden.

Die Ermahnung des nationalliberalen Malles kommt ein wenig spät. Und auch heute leuchtet sich seine Polemik darauf, die gewiß sehr ansehbaren Wahlmethoden der Konservativen zu brandmarken, während man von einem grundsätzlichen Kampf nichts merkt. Wer, wie die Nationalliberalen von Osterburg-Stendal, mit den Waffen der Konservativen steht und sich bemüht, nachzuweisen, daß er noch viel agrarischer, noch viel nationaler, noch viel konservativer sei, als der konservative Gegenkandidat, der wird niemals auf besonderen Erfolg rechnen können. Denn in all diesen Urteilen sind nun einmal die Konservativen die ältere und angesehenere Firma. Die Reaktion kann nur überwunden werden im Kampfe gegen ihre Grundsätze, die den Kampf zu führen, sind aber die Liberalen nicht imstande. Und wenn die Aussichten ihres Kandidaten auch für die Stichwahl recht unzulänglich stehen, so ist der konservative Terrorismus daran zum mindesten nicht allein schuld.

Was die Sozialdemokratie anbetrifft, so kann von einem Mißerfolg ernstlich nicht die Rede sein. Gewiß ist es bedauerlich, wenn wir einen Stimmenrückgang registrieren müssen. Im vorliegenden Falle findet er seine ungezwungene Erklärung aber in dem Umstande, daß zahlreiche Schiffer aus den Schifferbüchern des Kreises sich nicht an der Wahl beteiligen konnten, weil sie mit ihren Fahrzeugen unterwegs waren, was bei der Wahl im Winter 1912 nicht der Fall war. Es soll und darf allerdings nicht geleugnet werden, daß die sozialdemokratische Parteibewegung in der ganzen Altmark während der letzten Jahre in eine Art Stillstand geraten war; der Boden der beiden ostmärkischen Kreise ist aber auch für die sozialdemokratische Agitation denkbar ungünstig und nur mit Mühe und Not ist es der Partei gelungen, in ihnen ein wenig festen Fuß zu fassen. Es fehlte und fehlt überall an Kräften, die sich in den Dienst der Partei stellen, so daß der Stillstand begreiflich war. Das wird nun hoffentlich anders werden, nachdem mit dem 1. April dieses Jahres ein eigenes sozialdemokratisches Parteisekretariat für die Altmark mit dem Sitz in Stendal ins Leben getreten ist. Sollte es schon früher erwirkt werden können, seine Wirksamkeit wäre bei der Nachwahl sicher schon beachtlicher in die Erscheinung getreten. Uebrigens ist der Partei auch noch manche Stimme durch den Wegzug zahlreicher Arbeiter aus dem Kreise verloren gegangen, sobald zu einer Enttäuung über den Ausfall der Wahl keine Ursache vorliegt, ganz abgesehen von dem Umstande, daß die Parteien, die von vornherein keine Aussicht auf die Gewinnung des Mandats hatten, bei Nachwahlen stets mit einem Stimmenverlust rechnen müssen.

Von der Haltung der Sozialdemokratie wird es nun zum guten Teil abhängen, wie die Stichwahl ausfallen wird. Enthalten unsere Wähler sich der Stimme, so ist die Wahl des Konservativen sicher, während er gestützt werden kann, sofern die Parole für Wachhorst de Wente ausgegeben würde. Beide werden ja aller Wahrscheinlichkeit nach einige Reserven aufbringen können, aber im wesentlichen wird es doch auf die sozialdemokratischen Stimmen ankommen. Welche Parole von der Parteileitung ausgegeben wird, steht zur Stunde noch in den Sternen geschrieben. Sowie steht, nach einem Bericht aus dem Wahlkreise selbst, indessen fest, daß die Parole hieb und Stichfest sein wird.

Die katholischen Arbeitersekretäre

leben jetzt einen schweren Tag. Ihre Auftraggeber in Berlin möchten sie in Oppersdorf's freundlichem Fahrwasser segeln sehen und die heimische Zentrums Presse sieht sie dafür böse durch die Zähne. Zuerst ist Herr Willmet an der Reihe, im Nebenamt als Sozialistenführer bekannt, über ihn heißt es in der „Schles. Volkszeitung“:

Herr Arbeitersekretär Willmet in Reichenbach soll plötzlich ganz unschuldig sein. Er hat sich das allerdings auf einer Delegierten-Versammlung vom 28. April 1914 in Peterswaldau bestätigen lassen. Das ist aber nicht beweisbar, denn seit Jahr und Tag ist Herr Sekretär Willmet für die Duer-treibblätter tätig, und schon vor Jahren ist er mit einem ganzen Stroh von Nummern des „Kath. Deutschland“ nach Schneidnitz in das kath. Vereinshaus gekommen, um diese dort zu verteilen. Der Empfang, der ihm zu teil wurde, hat ihn jedoch abgehalten, sich in Schneidnitz weiter in dem Sinne zu betätigen. Daß er auf einer seiner letzten Versammlungen unendlich lang gegen die Zentrums-Presse polemisierte, sei nebenbei erwähnt.

Demnach müssen die Glaubensbrüder Herrn Willmet ordentlich zugelegt haben. Mehr Glück scheint ja ein katholischer Arbeitersekretär Spinyk bei seiner Gorkiger Gemeinde zu haben. Ihm freidet die „Schles. Volksztg.“ folgendes an:

„Am Montag, den 4. Mai, kam ein Herr in das katholische Vereinshaus zu Gorki, der das Organ des Windhorstbundes, das „Zentrum“, mitbrachte und las. Nachdem er es gelesen hatte, bestete er es zur Benutzung von Interessenten in einen dort hängenden Zeitungshalter, in dem auch die „Petrusblätter“ befestigt waren. Ein anderer Herr, der anwesend war, sah dies und fragte den Wirt des Vereinshauses sofort nach der Adresse des Arbeitersekretärs Spinyk, um diesem die Ausgaben des „Zentrum“ zu melden. Bald darauf erschien Herr Spinyk, er ostentativ das „Zentrum“ aus dem Halter heraus und warf es, ohne ein Wort der Erklärung, dem Wirt auf das Pflaster. Was sagt hierzu der Berliner Verbandsvorstand? Für die Öffentlichkeit bedeutet das ja freilich nichts Neues.“

Schließlich kommt noch ein vorläufig ungenannter Breslauer Arbeitersekretär aufs Hackebrett der Zentrumszeitung, über ihn heißt es:

„Wir wollen daran erinnern, daß, wie man uns mitteilt, in der allerletzten Zeit ein Breslauer Arbeitersekretär einem geistlichen Herrn gegenüber erklärt hat, sie (die Herren vom Berliner Verband) hätten jetzt Versammlungen abzuhalten, wo die Geistlichen unterzeichnet hätten, mit Flugblättern arbeiten und die Gemeindeglieder gegen die Geistlichen aufheizen, und als der geistliche Herr erwiderte, da würde doch der Bischof einschreiten und für Ruhe sorgen, habe der betreffende Arbeitersekretär gesagt, um den Bischof kümmere er sich nicht. Sollte diese Behauptung bestritten werden, so würden öffentlich Namen zu nennen sein. Es wäre wertvoll, auch hierzu eine Äußerung des Verbandsvorstandes zu haben.“

Zu den katholischen Arbeitersekretären, die als Kandidaten für die Breslauer Stadtverordnetenversammlung vom Zentrum aufgestellt waren, gehörte außer Herrn Pfeffer (Christl. Gewerkschaft) auch Herr Hornig. Nur der Sozialdemokratie haben es die Zentrums Herren zu verdanken, daß beide nicht Stadtverordnete wurden. Aber vielleicht glaubt die „Schles. Volksztg.“ nun, daß auch wirkliche liberale Stadtverordnete nicht sehr freundlich über sie selbst urteilen — alle konnten wir ja leider nicht fernhalten!

Eigene Reichstagsorgen.

Der Reichstag beriet am Sonnabend an erster Stelle seinen eigenen Etat. Dies kenne die Genosse Ledebour, um auf alle die Unzulänglichkeiten hinzuweisen, die für die Arbeit des deutschen Reichsparlamentes aus dem Diätengesetz und der Mißwirtschaftigkeit der Regierung entspringen. Die Bestimmung, daß die erste Notensatzung des Diäters am 1. Dezember, die letzte am 1. April erfolgt, hat dazu geführt, daß die Dauer der Session immer kürzer, die Sitzungen selbst aber immer länger werden. Die Abgeordneten sind außerstande, selbst bei größter Anstrengung ihrer Kräfte das ihnen aufgezwungene Maß von Arbeit zu leisten. Dabei wird jede Disposition über die Reichstagsarbeit unmöglich, und am Schluß der Session fallen die Gesetze haufenweise unter den Tisch. Eine Unmenge Arbeit ist unsonst veran. Die Regierung nimmt indessen auf die Überlastung des Reichstags keinerlei Rücksicht, sondern kommt gerade im letzten Augenblick mit umfangreichen und wichtigen Vorklagen, auf deren umbebingten Erledigung sie noch besteht. Diese Mißstände haben sich in den letzten Jahren zur Unmöglichkeit gesteigert und sind nicht nur eine Qual für die Abgeordneten, die Reichstagsbeamten und die Pressevertreter geworden, sondern schädigen das ganze politische Leben und die Gesetzgebungsarbeit aufs allerhöchste. Besserung kann nur eine gründliche Aenderung des Diätengesetzes und der feste Entschluß des Reichstages schaffen, sich künftig Ungezogenheiten seitens der Regierung nicht mehr gefallen zu lassen. Die bürgerlichen Parteien mußten dieser auch vom Genossen Hoch unterföhrten Kritik durchaus zustimmen, da die angeführten Tatsachen und Gründe unwiderleglich sind. Aber sie besitzen nicht den festen Willen, der nötig wäre, um Besserung zu schaffen. Die Konservativen ließen durch Herrn Frommer sagen, daß sie überhaupt nicht wissen, was sie wollen, das Zentrum konstruierte eine Mißwirtschaft

des Reichstages, die in den langen Reden liegen soll, und die Nationalliberalen meinen, daß man mit drei Stunden Kommissionsarbeit und fünf Stunden Plenarsitzung im Tag doch nicht fertig würde, und deshalb gegen die untrüglichen Davorstellungen nicht viel ausrichten könne. Platonisch belundeten freilich alle Abgeordneten ihren Wunsch, die Arbeit des Reichstages in künftigen Sessionen vernünftiger einzustellen und in geordneterem Verfahren durchzuführen.

Aber eben nur platonisch. Wie wenig ernst es ihnen mit den guten Absichten ist, beweist gleich der Verlauf der heutigen Sitzung. Dieselben Parteien, die das verpöbelte Präsidium damit entschuldigt hatten, daß es wenigstens die Beschlußfassung des Hauses sichert, mußten bei der ersten Abstimmung des heutigen Tages zusehen, daß das Haus beschlußunfähig war und die Sitzung aufhob. Mit der zweiten Sitzung, die sofort angeschlossen wurde, zusammengekommen, hat man dann nahezu 10 Stunden gefesselt. Wieder waren es die Parteien, welche über die langen Reden geklagt hatten, die durch eine weitläufige Debatte über die Lage der Zuckerindustrie und der Branntweinbrennerei eine ungescheute Zeitverschwendung trieben. Auch ein neuer Vorstoß der Agrarier gegen die Einfuhr von Futtermitteln verjagte den Abschluß der Etatsberatung. Unsere Genossen Wurm und Wolfenbützel begnügten sich damit, in kurzen Worten auf die Verhärterei der bürgerlichen Parteien hinzuweisen, die selbst die Aufrechterhaltung der hohen Zuckersteuer beschlossen haben, die selbst das private Monopol des Spiritusbranntweins schützen, die erneut den kleinen Bauern und den Kleinrentnern belasten wollen, und dabei über all das Klagen, was sie selbst angerichtet haben.

In der sechsten Stunde gelangte die zweite Lesung des Etats endlich zu Ende. Die bürgerliche Mehrheit peitschte dann noch das neue Stenogrammgesetz durch, an dem die Genossen Stadthagen und Cohen eine wohlüberlegte, aber leider wirkungslose Kritik übten. Die bürgerliche Mehrheit, die sich eben gegen die Regierung stark gemacht hatte, konnte sich nicht enthalten, dem Kriegsminister das Gesetz nach Wunsch zu apothekern.

Kunst und Oberverwaltungsgericht.

Auch liberale Blätter kritisieren das Urteil des Oberverwaltungsgerichts in Sachen des Rosenowschen Arbeiterführers. So sagt das „Berliner Tageblatt“:

Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß es sich bei dem Stück durchaus nicht um parteipolitische oder gar ordnungsgeschäftliche Tendenzen handelt. Darum wird die wirklich mehr als akute Vorsicht des Oberverwaltungsgerichts überall, wo man die Kunst ohne politische Brille betrachtet, wenig Verständnis finden.

Die „Vossische Zeitung“ wird der Bedeutung der Angelegenheit in einem Leitartikel gerecht, in dem sie die Anschauungen, die zu dem Verdict geführt haben, nach der künstlerischen wie nach der kulturellen Seite hin für höchst bedenklich erklärt, da sie als ständige Richtlinien für verwandte Fälle die schwerste Bedrohung unserer ganzen dramatischen Produktion, der gegenwärtigen und der vergangenen bedeuten müßten. Das Blatt, das dem Falle ein erfreuliches Verdict entgegenbringt, tut dann weiter dar, wie der Einwand der Nichtberücksichtigung neuerer Gesetze in der Darstellung der Verhältnisse dazu führen könne, einer Anzahl von Dramen den Lebensfaden abzuschneiden. Am schärfsten aber kritisiert es die Beschwerde, daß in Rosenows Drama unter „rückwärtsloser Ausnutzung dramatischer Effekte die Gegensätze hervorgehoben“ würden. Das Urteil greife damit an die Wurzel aller Dramatik, um sie unbarmherzig herauszureißen.

Denn wodurch kann der Dichter das Tiefste bewirken, wenn nicht durch die Differenzierungen und Kontraste, in denen er uns die Gestalten zeigt? Und wenn er dabei nach seiner Beobachtung und Anschauung die Zustände darstellt, in denen sich solche Gegensätze entwickeln und einander befehden, so macht er dabei von seinem besten Rechte Gebrauch, ja von seiner Pflicht, der

Zeit einen Spiegel entgegenzuhalten und ihr den Körper und Abdruck des Jahrhunderts zu weisen. Sein heiliges Amt ist, in jene Telen zu greifen, aus denen Eitelkeit und Necht erst entstanden sind und immer wieder neu entstehen, wäre es anders, wäre er ein Sklave der bestehenden Zustände, dann wären die Kräfte lahmgelegt, durch die er zum Unwandel der Menschheit wird: Phantasie und Gefühl, und er als Papagei der jeweiligen Mächthaber der gerechten Geringschätzung verfallen.

Von diesem Protest im Namen der Poesie und im Namen der Kultur wird niemand behaupten wollen, daß er auf irgend welchen parteipolitischen Rücksichten gegründet sei. Aber ganz abgesehen davon, daß an dem Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts ja nun nichts mehr zu ändern ist, werden kulturelle Erwägungen auch in der Zukunft für Politik und Verichte nicht maßgebend sein.

Ein Ausnahmegesetz gegen die sozialdemokratischen Gemeindebeamten in Bayern. Der Kammerausschuß für das neue bayerische Gemeindebeamtengesetz hat den Artikel 12 der Regierungsvorlage angenommen, nach dem die Sozialdemokraten keine Stellung als Gemeindebeamte bekleiden dürfen. Diese der Verfassung widersprechende Ausnahmebestimmung gegen die Sozialdemokratie wurde in der Form eingebracht, daß in dem § 12 gefordert wird, der Gemeindebeamte müsse sich „auch außer dem Amte der Achtung, die dieses erfordert, würdig erweisen“. In der Begründung der Regierungsvorlage wird dieser Satz dahin erläutert, daß sich ein Gemeindebeamter als Sozialdemokrat der Achtung unwürdig mache und deshalb disziplinarisch zu bestrafen sei. Dasselbe solle für berufsmäßige Gemeindebeamte gelten. Und ein solches Schmachgesetz, nachdem sich in Bayern sozialdemokratische Gemeindebeamte seit Jahrzehnten tadellos bewährt haben.

Das Zwicklischenhaus erlebte am Sonnabend einige kleinere Vorlagen, die die Uebertragung der Einziehung der Schiffahrtsgebühren an die Hafengemeinden und die Anträge betreffend den Schutz der Tracht der Krantenschmestern vor Mißbrauch und betrifft dann einige Stunden über die neu zu bauende Eisenbahnlinie Altona-Neumünster und das besonders von hanseatischer Seite gelobte Projekt einer neuen kürzeren Verbindung mit Dänemark über die Insel Fehmarn. Die Mehrheit des Hauses hat für dieses Projekt nicht viel übrig, obwohl der Minister ihre großen Vorteile nicht bestritt. Für die Anträge des Zentrums und der Nationalliberalen auf Ueberweisung der Fehmarnpetitionen als Material sprach auch Genosse Pänitz, der für den Fall, daß diese neue Linie wirklich Schleswig-Holsteinische Interessen trädigen würde, Ertrag durch Kompensationen forderte; er wies auch darauf hin, daß die Verbesserung der Verkehrsverbindungen mit Dänemark auch unserer internationalen Beziehungen zu den nordischen Reichen nützen würden, die durch die von ihm als „unfittlich und gemeinschädlich“ gekennzeichnete Nordmarkenpolitik der preussischen Regierung und der Landtagsmehrheit getrübt werden. Die Mehrheit beschloß aber Uebertragung zur Tagesordnung, was allerdings keine allzu große Bedeutung hat, da ja das Projekt noch lange nicht so weit ist und der Minister überdies mitteilte, daß mit Dänemark Verhandlungen gepflogen werden.

Der Kompromißvertrag zum Reichsbesoldungsgesetzvorschlag findet die Zustimmung der Regierung. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bemerkt dazu: „Wenn die verbündeten Regierungen sich bereit finden sollten, dem zuzustimmen, so würde dies im Interesse der in der Novelle betrachteten Beamten stehen, die bei Nichtzustandekommen der Vorlage auf nicht absehbare Zeit hinaus auf die ihnen zugebachten Einkommensverbesserungen verzichten müßten. Andererseits ergibt sich allerdings aus der Sachlage, daß die in dem Antrage gewählte Fassung des Entwurfs auch das äußerste Maß dessen darstellen würde, was die Genehmigung der verbündeten Regierungen finden könnte, da diese den von ihnen bisher eingenommenen, in der Budgetkommission wie in der Vollversammlung des Reichstages wiederholt und bestimmt dargelegten Standpunkt nicht verlassen können.“

Aus dem bureaukratisch verlausulierten Kauderwelsch ins Deutsche übersetzt heißt das, daß die Regierung dem Kompromiß zustimmt. Dagegen ist die Haltung des Zentrums noch sehr unsicher.

Noch schmerzlicher. Das Zentrumsministerium Perlling hat kein angenehmes Dasein; es wird von allen Seiten bedroht. Scharie Löne schlägt jetzt der bekannte Zentrumsführer Komproß Richter in der „Sonntagszeitung“ an. Er entwickelt ein ganzes Programm auf streng christlich-konfessioneller Grundlage und droht: „Sollte sich unseren Forderungen, die wir mit allem Nachdruck erheben, der seit Jahren einseitige Geist des Beamtenliberalismus speziell in einigen Ministern und Ministerialbeamten widerlegen oder passiven Widerstand leisten, so müßte

das Zentrum mit Unnachgiebigkeit auf die Entfernung jener Widerstände dringen.“

Die Sammelpolitik Erzbergers. Die Sammlungsparole des Zentrumsabgeordnete Erzberger im „Tag“ nachdrücklich das Wort erbebt hat, findet die volle Zustimmung aller christlichen „Reichsboten“. Dieser schreibt in einem Leitartikel: „Diese Ausführungen bezeugen nachdrücklich den Scharsinn und die Richtigkeit der Ansicht derjenigen nationalen Politiker, die seit Jahren die Solidarität des Zentrums gegen den Umsturz vertrieben haben und schließlich in der Gründung des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie den Gedanken praktisch zu fördern suchten. Damals stand die rote Flut offenbar noch nicht hoch genug, um die Erkenntnis allgemeiner werden zu lassen. Ist es heute anders? Im Zentrumslager hat sich ein Umschwung bemerkbar gemacht, der hoffentlich von Dauer ist. . . . Wenn die Rechte, das Zentrum und die Nationalliberalen sich in dem Gedanken einig zusammenfinden, immer und immer allen Umständen gegen die Sozialdemokratie dann würde schon erhebliches erreicht sein, auch ohne den Fortschritt. . . . Wollen viele warten, bis die Revolution durch die Gassen rast und die Umstürzler offensichtlich Dank anlegen? Vielleicht wäre es dann zu spät, und selbst wenn nicht, wäre es nicht das größte Unglück, es jetzt kommen zu lassen? . . .“

Ueber „Verluste der Bauhandwerker und Bauleistenden in Groß-Berlin“ schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat den beiden Häusern des Landtags eine Denkschrift über Verluste der Bauhandwerker und Bauleistenden in den Jahren 1908 bis 1911 vorgelegt, die in seinem Auftrag vom preussischen statistischen Landesamt ausgearbeitet worden ist und in der es u. a. heißt: Die Tabellen ergeben, daß, abgesehen von öffentlichen Bauten in den Jahren 1908 bis 1911, in Groß-Berlin 6982 Gebäude, von Schuppen und kleineren Bauwerken abgesehen, mit einem Gesamtbaumwert von 1164 Millionen errichtet wurden. An 2818 Gebäuden, gleich 40% Prozent, wurden Verluste in Höhe von 20% Millionen angemeldet, gleich 1,78 Prozent der Neubauwerte und 41,4 Prozent der gefährdeten Forderungen, das heißt der Forderungen, bei denen ein Teil der Verluste geriet. Von diesen 2818 Gebäuden kamen nicht ganz die Hälfte (1378) zur Zwangsversteigerung, wobei 43,30 Prozent der gefährdeten Forderungen ausfielen. Die Verlustfaktoren betragen im Verhältnis zu den Neubauwerten bei Wästen nur 0,68 Prozent, bei Geschäftshäusern und Fabriken 0,81 Prozent, dagegen bei Wohnhäusern mit Erdgeschos und zwei oder mehr darüber liegenden Wohngeschossen 1,97 Prozent. Das unvollständige Bauwesen findet sich also hauptsächlich bei diesen Wohnhäusern, wobei zu bemerken ist, daß insgesamt 5252 solcher Wohnhäuser mit einem Bauwert von 973 Millionen errichtet wurden, wovon an rund 50 Prozent Verluste zu beklagen waren und etwa ebensoviel zwangsversteigert werden.

Verhaftung eines russischen Spions. Großes Aufsehen erregt in Braund die Verhaftung des 26 Jahre alten Wäderegeleßen Max Scheffler, der von einem russischen Spionagebureau in Warschau beauftragt worden war, die Entfernung zwischen der Zepelin-Luftschiffhalle in Gruppe und der Fliegerstation Braund festzustellen. (?) Für diese Tätigkeit hat er von der russischen Regierung 60 Rubel erhalten. Scheffler ist, wie die „Telegraphen-Union“ erfährt, ein unsicherer Heeresflüchtling und wird außerdem von der deutschen Staatsanwaltschaft wegen schwerer Diebstahls heftig verfolgt. Er war seinerzeit flüchtig geworden und über die Grenze gegangen, um jetzt als Spion nach Braund zurückzukehren.

Schwer bestrafte Spionage. Der vereinigte zweite und dritte Strafsenat des Reichsgerichtes verhandelte am Sonnabend gegen die Kontoristin Rosa Langstein. Nach kurzer Verhandlung wurde die Angeklagte wegen versuchten Betruges mutuaarischer Geheimnisse nach § 1 des Spionagegesetzes zu zweijährigen sechs Monaten Zuchthaus, fünf Jahr Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Die Angeklagte stammte 25 jährige Kontoristin lebte seit ihrem sechsten Lebensjahre in Deutschland. 1913 verschaffte sie sich eine Zeichnung über maschinelle Einrichtungen auf Kriegsschiffen, die sie für geheim hielt, während es in Wirklichkeit nicht geheim gehaltene Dinge waren. Sie brachte sie selbst nach Paris. Hier gab man ihr eine Liste über Geheimsachen, die man zu erlangen wünschte. Sie setzte sich darauf brieflich mit verschiedenen Verhältnissen in Verbindung, unter anderem auch mit einem Werftarbeiter. Es wurde ihr in Köln Scheinmaterial geliefert. Als sie damit nach Paris abfahren wollte, wurde sie verhaftet. Als Strafmaß ist nur Not in Betracht gekommen, als Strafverschärfend die Gefährlichkeit ihres Treibens.

Das geheiligte Eigentum und der preussische Staat. Die preussischen Behörden haben das in der Provinz Posen gelegene, einem Polen gehörige ca. 6500 Morgen große Rittergut Polchow enteignet, weil es angeblich für Militärzwecke gebraucht wird. Die Enteignung erfolgte ohne Vorwissen des zurzeit auf Reisen befindlichen Besitzers.

Preussische Selbstverwaltung. Der von der Kieler Stadtverordnetenversammlung als Mitglied der Schuldeputation gewählte sozialdemokratische Stadtverordnete Ribbe ist von der Regierung nicht bestätigt worden.

Sturmflut.

Roman von Friedrich Spielhagen.

169] (Nachdruck verboten.)

In dieser heulenden nordlichen Wildnis fand plötzlich das Bild der ewigen Stadt vor seiner Seele, wie er es gesehen in der Nacht, als er zum ersten Male Valerian nach jahrelanger Trennung, ohne sein Zutun, wider alles Erwarten oder Hoffen, begegnet war, auf einem Fels, das die französische Gejandtschaft in den Zaubergärten der Villa Medici gab. Da — als der eiferfüchtige Gemahl die Schöne allzu früh hinweggeführt, er selbst aus dem festlich wogenden Gedränge die Steintrappe hinaufgestiegen war in den Gärten der immergrünen Eichen, die Dichter des Festes unter ihm verlor, das Geräusch verhallte — er in der Finsternis und Stille, die ihn rings umgaben, freitend weiter und höher schritt bis zu dem Helvedere, und nun sein geliebtes Rom, in Rondenglanz gebadet, zu seinen Füßen lag — da hatte er geschworen bei St. Peters-Dom, von dessen Wiesenbühl aus dem blauen Himmel goldene Ströme niederrieselten, daß die Liebe dieses schönen nordischen Weibes das goldene Fußgestell werden sollte seiner Nacht, die er, der Poet, im Dienste St. Peters, und doch frei, — frei, wie er hier, einem Adler gleich, über der Welt schwebte, — ausspannen wollte über die ganze Welt. Es hatte länger gewährt, als er damals gehofft — viel zu lange; er hatte mit allzu eigenfinntiger Fähigkeit an dem einmal gefassten Plane festgehalten; er wäre auf anderen Wegen, wie sie sich ihm taufendfältig öffneten, schneller, sicherer zu noch glänzenderen Zielen gelangt — aber es war nun einmal sein Stern, dem er gefolgt war und dem er immer gläubig vertraut, auch jetzt vertrauen wollte, wo — im letzten Augenblicke — sich alles gegen ihn verschworen zu haben schien, ihm die Beute zu entreißen, die Frucht mühseliger Arbeit so vieler Jahre, das stolze Vermögen, das er bei sich trug, fest an seinem Leibe, als wäre ein Teil seines Leibes, wie es ein Stück seines Lebens war, und das er nur mit seinem Leben hingeben würde.

Er blühte auf seine Uhr — er konnte die seinen Zeiger auf dem Zifferblatt nicht mehr erkennen; er ließ das Werk reparieren — er hörte das leise Klirren nicht in dem Donner des Sturmes, der um ihn, über ihm krachte und rasselte; er wollte noch fünf Minuten abzählen, wenn sie dann nicht kam, — meinte es jetzt!

Und da war der Altan, nach welchem er so lange gesucht — ein hölzerner Bau auf vier dünnen Pfeilern, zu dem eine

schmale gerade Treppe hinaufführte — an der äußersten Ecke des Parkes, die einriedigende See etwa um zwei Manneshöhen überragend, hoch genug, um, wie er jetzt, oben stehend, sah, das Terrain zwischen dem Parke und den Hügelndrüber zu überblicken: einen fünfzig bis hundert Schritt breiten, sich lang hinziehenden, muldenförmigen Grund, durch welchen, von den Hügelnd nach dem Parke zu, ein dunkler, sich schlängelnder Steg führte, — in gemessener Entfernung hintereinander gereichte große Steine, schien es, den Uebergang von drüber durch den tiefergelegenen Hiesigenplan zu ermöglichen.

Er betrachtete sich die Situation genau. Unten in dem Wiesenplan sah er kleinere und größere Flächen, die jedenfalls schon Wasser waren, das sich dort gesammelt; aber der steinerner Weg war entschieden passierbar. In der verhältnismäßigen Gelichtigkeit auf seiner Warte hatte er auch die Uhr sehen können: es war zehn Minuten vor sechs, und also keine Sekunde mehr zu verlieren. Er wollte sich nun durch den Park nach dem Schlosshof zurückgeben — er würde dort sofort erfahren, ob Valerie gekommen war, oder vielleicht gar schon der andere. Dann — im Notfall — zurück durch den Park, über den Steg, in das Dorf; er würde schon ein Fuhrwerk aufstreifen, und dann — zum bösen Teufel, etwas Barbarenland, auf Nummer-miebersehen!

Er ließ die Blide noch einmal über die Sägel drillen schweifen, auf deren Rande er den Wagen hatte kommen sehen. Anstimm! Wer konnte da noch etwas erkennen, wo über alles sich ein grauschwarzer Schleier breitete, der mit jeder Minute undurchdringlicher wurde. Selbst der Steinpfad in dem Grunde hob sich kaum noch heraus; er würde Mühe haben, ihn nun wiederzufinden; die dunkle Rinte schwanke hin und her, die Steine schienen sich zu bewegen. Aber das bewegte sich wirklich — das waren die Steine nicht — es waren Menschengehalften — Trauengestalten — zwei — die über die Steine kamen — sie, zweifelslos, mit dem verhassten Mädchen — gleichviel! Sie kam, gehorjam, wie immer, zu sagen, daß sie fürder gehorjam wollte, wie sie immer gehorjam hatte! — Warum läme sie sonst? — War's Jurast vor ihm? War's die Liebe zu dem wiedergegebene Sohn — gleichviel — gleichviel! Sie kam! Er brante nicht mehr — in Lieb — davonzuschleichen mit dem geraubten Schatz; konnte stolz sein Haupt erheben — er, wie immer und überall, der Herr der Lage, die seine Reiffenhand geschaffen!

Er war das steile Treppchen hinabgestürzt durch den Büdengang, in welchem es fast dörige Nacht war, nach dem Pförtchen, das er vorher, wo der Büdengang anfang, in der Einsperrung des Parkes bemerkt, und auf das, wie er annahm,

jener Steinpfad mündete. Und da waren sie auch schon in dem Augenblicke, wo er das verschlossene oder verquollene Pförtchen mit einem mächtigen Rud aus den verrosteten Angeln gerissen hatte.

Valerie bebt zurück, als sie den Entsetzlichen so plötzlich, wie eine Ausgeburt des Dunkels und der entseffelten Elemente, vor sich sah. Aber schon hatte er sie an der Hand ergriffen und in den Gang gezogen, während Elfe auf der Tante stehende Bitte: „Laß mich mit ihm allein!“ an dem zertrümmerten Pförtchen stehen geblieben war, ungerne Folge leistend, mit den schärferen Augen die im Dunkel des Ganges verschwimmenden Gestalten der beiden verfolgend, herzt und entschlossen, der Unglücklichen zu Hilfe zu eilen; das Ohr anspannend, durch das Rascheln und Säusen der Büsche, das Raschen und Knarren der Bäume, das Heulen und Donnern ringsumher, ihren Hilferuf zu hören. So stand sie, stehend, laufend — fürchterliche Minuten, von denen sie jede Sekunde an dem Gammern ihres Herzens hätte zählen können. Jetzt sah sie die beiden, die eiligen Schritte in der Tiefe des Ganges auf und ab zu gehen schienen; sie glaubte einzelne verfallende Worte zu vernehmen — italienisch, ein heftiges ite nostro figlio! aus seinem, — ein leidenschaftliches giammai! aus ihrem Munde. Dann wieder verfiel das wilde Konzert des Sturmes und der Flut jeden Laut; in dem Dunkel verschwanden die Gestalten — sie konnte die Angst nicht länger ertragen; sie eilte in den Gang hinein — vorüber an etwas, das an ihr vorbeisüßte — er: der Verräter, der Mörder!

Sie schrie es heraus: „Verräter, Mörder!“ Der wilde Schrei klang nicht lauter wie eines Kindes Schreien. Sie fürzte den Gang hinab bis zu dem Altan, Tante, Tante!“ rufend, während sie doch nur noch eine Tote zu finden erwarten durfte. Da — am Fuße der Treppe — Tante, geliebte Tante!“

Sie lauerte auf den untersten Stufen der Treppe, auf ihrem Schoß den Oberkörper der Dahingestreckten, von deren eiskalter Stirn ein warmer Strom herabrieselte. Aber sie lebte ja noch! Sie hatte mit ihren schlanken Fingern die Hand, welche die ihre ergriffen, zu drücken versucht, und jetzt, jetzt, dem Himmel sei Dank! kamen leise Worte, die Elfe, tief sich herabbeugend, zu fassen suchte: „Klingtge dich nicht!“ — es ist nichts — ein Fuß gegen das Geländer, als er mich wegklauberte — frei, Elfe, frei! — frei!“

Ihr Kopf sank wieder an Elfes Hüften; aber das Geräusch noch, — es war eine Ohnmacht, die Folge des Schreckens, des Sturmes — jetzt suchte sie sich sogar aufzurichten und sank abermals zurück. (Fortsetzung folgt.)

ein Monopol-Vertrag. Gegenüber der Forderung, das Vorläge über ein Zündwaren-Monopol vorbereitet werde, läßt die Regierung erklären, daß nicht die Absicht bestehe, ein solches Monopol einzuführen oder überhaupt an dem bestehenden Zustand etwas zu ändern.

Die fortschrittliche Volkspartei hielt am Sonnabend eine generalauschüss-Sitzung ab. Nach dem Bericht des geschäftsführenden Ausschusses bestehen in der Fortschrittspartei gegenwärtig 23 Landesverbände, 14 Bezirksverbände, 82 Kreisvereine, 1597 Vereine und 151 Bezirks- oder Ortsgruppen. Dazu kommen noch 2 Frauenvereine und 43 Jugendvereine. Die dem Fortschritt angehörigen Arbeiter sind in 23 Arbeitervereinen und 66 Ortsgruppen des Reichsvereins der liberalen Arbeiter vereinigt. Nach dem Bericht zählt die Partei in all diesen Organisationsformen zusammen 240.000. In der Programmfrage wurde ein Antrag angenommen, der es zurzeit nicht für angebracht hält, besondere Leitfäden für die einzelnen Berufsständigen (Landarbeiter, Agrar- und Arbeiter-Vollzug) neben dem Programm aufzustellen.

Ausland.

Schwere Angriffe gegen König Ferdinand.

In der Enquete-Debatte der bulgarischen Sobranie hielt Purov, Handelsminister im Kabinett Danov, eine interessante Rede. Geschworen, sagte er, habe am 30. Mai 1913 seine Demission gegeben, weil ihm König Ferdinand erklärt habe, daß die von ihm tags vorher eingebrachten Parteilisten sich einmütig für eine kriegerische Lösung des Konflikts mit Serbien ausgesprochen hätten. Trotzdem hätten Parteilisten sich nicht geweigert in das Kabinett einzutreten und ihre Friedenspolitik zu verfolgen. Ihre Politik sei aber an dem Staatsstreik vom 9. Juni gescheitert. „Dieser revolutionäre Akt, dieses Verbrechen, diese Dummheit“, habe schon Genadiev selbst gesagt, „ist offenbar von König Ferdinand selbst begangen worden“, denn erstens erklärte Sawow selbst, daß er den Befehl zum Angriff gegen Serbien und Griechenland vom König erhalten habe, zweitens hätte Sawow auf eigene Verantwortung einen solchen Schritt sicher nicht gegeben, weil er am Kronrat vom 2. Juni 1913, der sich für eine friedliche Regelung des Streites mit Serbien aussprach, teilgenommen habe, drittens sei er vom König seines Kommandos entbunden worden, eben darum, weil er sich der Anweisung der Regierung, die Feindseligkeiten einzustellen, gefügt habe. Die vorzunehmende Untersuchung müsse vor allem diese Tatsachen klarstellen.

Gefahr für Huerta.

Nach Berichten aus Veracruz meuterten die Truppen des Generals Huerta am Donnerstag, erschossen die Offiziere, die sich weigerten, mitzumachen, und zogen ab, um zu Zapata überzugehen, der 13 Meilen von der Stadt im Gesicht mit den mexikanischen Vorposten stehen soll. Man nimmt an, daß die meuternden Truppen Avales oder Irreguläre sind.

Berichte aus derselben Quelle besagen, daß General Huerta sich in wachsender Gefahr befindet, ermordet zu werden, und daß jeden Augenblick die Anarchie in der Hauptstadt ausbrechen kann.

Ein Kabel-Telegramm aus Veracruz berichtet ferner, daß die Konstitutionalisten die Delstadt Turpau am Donnerstag eingenommen haben. Die 500 Mann starke Garnison war den Aufständlichen, die 2000 Mann stark waren, entzogen und wurde von diesen überwältigt. Die Bundesstruppen sind in die Berge geflohen. Nach einer Meldung des Rebellen-generals Murgta haben die Aufständlichen Morelova besetzt. Die Bundesstruppen sind aus der Garnison geflüchtet. Morelova ist die letzte Stadt, wo die Bundesstruppen die Eisenbahn besetzt hielten.

Folgende Telegramme sind noch eingelaufen:

Washington, 17. Mai. In offiziellen Kreisen wird erklärt, daß Präsident Wilson ein letztes Ultimatum an Huerta vorbereitet, in dem er über den Verbleib des amerikanischen Konsuls Silliman und des Matrosen Parks, welcher letzterer bereits seit einer Woche verschunden ist und den man in informierten Kreisen hingerichtet glaubt, genaue Auskunft forderet. Sollte die Hinrichtung des amerikanischen Soldaten Parks tatsächlich stattgefunden haben und sollte auch Konsul Silliman nicht mehr unter den Lebenden verweilen, will Präsident Wilson unverzüglich den Krieg an Huerta erklären.

New York, 16. Mai. Der vermählte amerikanische Konsul Silliman befindet sich nach hierher gelangenen Mitteilungen auf dem Wege nach der Stadt Mexiko. Unbekannt ist bis jetzt nur noch das Schicksal des Soldaten Parks.

New York, 17. Mai. General Huerta hat versprochen, in der Angelegenheit der Ermordung des amerikanischen Untertanen Parks Nachforschungen anzustellen. Auch die Affäre des amerikanischen Vizekonsuls Silliman scheint endlich zur Zufriedenheit gelöst zu werden. Der brasilianische Geschäftsträger in Mexiko-City teilte nämlich mit, daß Hr. Silliman, über dessen Schicksal man bereits lebhaft Besorgnisse hegte, freigelassen worden ist, und daß er sich in Mexiko befindet. Infolge dieser beiden Tatsachen hat die allgemeine Spannung bedeutend nachgelassen.

Der Protest der amerikanischen Sozialisten gegen den mexikanischen Krieg.

Die Sozialisten der Vereinigten Staaten haben einen energischen Kampf gegen den Feldzug nach Mexiko begonnen. In Manhattan und Brooklyn (New York) haben die sozialistischen Frauen demonstriert, ebenso die Parteiorganisationen von New York und Philadelphia, der Gewerkschaftsverband von Chicago, der Verband der jüdischen Gewerkschaften und eine Reihe anderer großer Organisationen. Am 28. April fand eine große Kundgebung in der Carnegie Hall, New York, statt. Dann sagte Ch. Edward Russell: „Alle Revolutionen, die in den letzten Jahren in Mexiko gespielt haben, ebenso wie der jetzt begonnene Krieg, sind die unmittelbare Wirkung der kapitalistischen Rivalitäten, die sich den mexikanischen Markt streitig machen. Im gleichen Sinne sprach Fred Warren, der Leiter der „Appeal to Reason“, und Morris Hillquit, Mitglied des Internationalen Sozialistischen Bureaus, nannte Rodzeller und seine Spießgesellen die einzigen Verantwortlichen für den mexikanischen Krieg und die Greuel in Colorado.“

Im „Appeal to Reason“ heißt es in einem Artikel mit der Überschrift: „Wir wollen den Krieg nicht“, falls es Wilson und Bryan um den Schutz der amerikanischen Ehre zu tun sei, müßten sie, statt sich um Huerta zu kümmern, die Verfassung und die Würde der Vereinigten Staaten in den Colorado-Verge werken zur Geltung bringen. Und Eugen W. Debs schreibt im New Yorker „Call“: „Der Krieg in Colorado geht das amerikanische Volk viel mehr an, als der Konflikt mit Mexiko. Die furchtbaren Grausamkeiten, die unsere Soldaten in der letzten

Woche unter unserer Flagge begangen haben, sind eine Schande für unser Land und ein Verbrechen gegen die Gerechtigkeit. Wenn die amerikanische Flagge es zuläßt, daß man Frauen mordet und Kinder verbrannt, hat nicht allein Quarta das Recht, sie zu verachten, sondern jeder amerikanische Bürger, der sich selbst achtet, wird sie mit Abscheu verachten.“

Diese Haltung unserer Genossen hat in Mexiko Sympathie gefunden, namentlich bei der kleinen Gruppe Sozialisten, die in der Stadt Mexiko die Zeitung „El Socialista“ herausgeben und stets unter den größten Gefahren die Verbrechen des Bürgerkriegs wie die Treibereien der ausländischen Kapitalisten bekämpft haben. „So finden sich“, sagt Fabra Ribas in der „Humanität“, „wie im Balkanland heute in Mexiko, in Mexiko wie in den Vereinigten Staaten mutige Stimmen, die im Namen der Gerechtigkeit und der Menschheit den Krieg bekämpfen und für den Frieden streiten. Es sind die Stimmen unserer Genossen, die wieder einmal vor dem Bewußtsein der Welt behaupten, daß der Sozialismus heute die einzige Macht in der Welt ist, die den Frieden und die Zivilisation verteidigt.“

Der sozialistische Wahlsieg in Buenos-Aires.

Am 22. März errangen unsere argentinischen Genossen einen großen Wahlsieg, über den erst jetzt nähere Nachrichten vorliegen. Die Erneuerung der Kammer erfolgt dort alle zwei Jahre zur Hälfte. Die Wahlpflicht besteht für alle männlichen Staatsbürger über 18 Jahren. Bisher gehörten der Kammer unter 88 Abgeordneten 4 Sozialisten an, von denen jetzt 2 ausgeschieden. In der Hauptstadt Buenos-Aires standen mehreren Genossen drei Parteien gegenüber: Konstitutionelle (Klerikale), Vireerpartei (Ministerielle) und Radikale. Die sozialistische Liste kam bei der Wahl weit an die Spitze. Sie erhielt über 43.000 Stimmen, während die Radikalen 37.000, die Bürgerpartei 20.000, die Konstitutionellen 13.000 aufbrachten. 88 Prozent der Stimmen entfielen also auf die Sozialisten, die außer den beiden Ausschreitenden 5 neue Abgeordnete durchbrachten, sodaß nun die sozialistische Fraktion aus 9 Mitgliedern besteht. Dabei war der Kampf sehr heftig, da die Gegner weder Geld noch Verleumdungen sparten und aus der Tatsache, daß von den Aufgestellten einer italienischer, ein anderer russischer Herkunft ist, den „waterlandlosen“ Charakter unserer Partei nachweisen wollten. Trotzdem wurden beide gewählt. — Der glänzende Sieg hat in ganz Südamerika starken Eindruck gemacht. Die Arbeiterzeitungen in Uruguay, Brasilien und Chile begrüßten ihn mit Begeisterung. So wird der große eiserne Ring bald um die ganze Erde geschlossen sein.

Österreichische Maßnahmen gegen Serbien. Wie die „Zeit“ erfährt, wird in Brod a. d. Save, der Kopfstation der nach Sarajewo führenden Eisenbahn, eine neue Kanonenbootstation errichtet, die unter dem Kommando eines Umienschiffscapitans stehen soll.

Untersuchung der Greuelthaten in Mazedonien. Im Hinblick auf die tiefgehende Aufregung, die die blutigen Vorfälle in Kistowah und Kravjuwah nach sich zogen, wo zahlreiche mazedonische Rekruten hingerichtet wurden, weil sie sich angeblich weigerten, den serbischen Fahnenzug zu leisten, begibt sich der demokratische Abgeordnete Naumow nach Belgrad, um dort die Ermächtigung zu erlangen, persönlich eine Untersuchung über den Umfang dieser Gewalttätigkeiten anzustellen.

Wiederannähme der Verhandlungen zwischen der Türkei und Griechenland. Aus bester Quelle verlautet, daß die direkten Verhandlungen über die Inselfrage zwischen der Türkei und Griechenland wieder aufgenommen worden sind. In politischen Kreisen legt man großen Optimismus bezüglich des Ausgangs dieser Verhandlungen an den Tag.

Austritt des russischen Ministers des Innern? Die Duma hat am Sonnabend die Beratung des Budgets des Ministeriums des Innern beendet. Der Berichterstatter stellte fest, daß alle Redner mit Ausnahme der äußersten Rechten die Politik des Ministers unzulänglich beurteilt hätten, da er die von der Duma bei der Besprechung des vorjährigen Etats geäußerten Wünsche nicht berücksichtigt habe. Weiter wünschte der Berichterstatter eine Erklärung vom Minister des Innern über die nationalistische Bewegung unter einigen Völkergruppen im Westen des Reiches, die im Falle von Verhandlungen an der Westgrenze von der größten Tragweite sein könnten.

Die Stellung Malakows, des Ministers des Innern, so er sich nicht erkläre. In informierten Kreisen spricht man sogar schon davon, daß seine Demission am Zarenhofe beschlossene Sache sei.

Gewerkschaftliches.

Die „nationalen“ Arbeiter von Breslau.

Während am Sonntag vormittag im Gewerkschaftshaus Tausende von Arbeitern gegen die Knebelung der Gewerkschaften durch die Polizei protestierten, versammelten sich die treuen Anhänger der Gelben im „Deutschen Kaiser“. Zu der Einladung wurde gesagt, daß die erste Versammlung der Werkvereine, am 8. Februar d. J., berart überfüllt war, daß viele wieder umkleiden mußten. Nun, dieses Mal hätten im Saale des „Deutschen Kaisers“ noch Hunderte Platz gefunden; den größten Bestandteil der Versammlung bilden die Werkmeister, Beamten und Ingenieure der mit Werkvereinen „gesegneten“ Betriebe. Fast ein Drittel des Saales aber war für die Herren Direktoren und sonstigen offiziellen Vertreter der Fabriken, sowie für die Vertreter der Behörden reserviert. Und prompt erschienen war Herr Direktor Dr. Eichberg, der ganz besonders eifrig den Vorträgen zustimmte. Daneben saßen — um den Arbeitern eine Probe von ihren Gönnern zu geben — die Herren Frig. Kemna, Direktor Huth, Dr. Koenig, Generalsekretär Dr. Leonhard Müller und je ein Vertreter von Meineke und F. Hoffmann. Von den Vertretern der Behörden waren zugegen: Oberregierungsrat K. Wagner, Regierungsrat Webbigen, Bergrat Ziemann und sodann die Landtagsabgeordneten Dr. Wagner und Stadtrat Dr. Grund. Geheimrat Waßing, Dr. Porck und Justizrat Heißborn hatten ihr Fernbleiben entschuldigt. In seiner Begrüßungsansprache führte der Vorsitzende der Werkvereine bei Linke-Hoffmann, Werkmeister Plan, als Versammlungsleiter aus, daß er sich ganz besonders freue, so zahlreiche Herren vom Zentrum in der Versammlung neben konservativen, deutsch-konservativen und national-liberalen Herren zu sehen. Bemerkte sei noch, daß der Zutritt zur Versammlung nur durch drei doppelte Spalier von handkräftigen Gelben zu erreichen war, die jeden Besucher auf Herz und Nieren prüften.

Der Vorsitzende des Bundes Deutscher Werkvereine, Herr Geh aus Essen, sprach über das Thema „Kann der Arbeiter auf freiblichem Wege seine Lage verbessern?“ Der Vortrag hätte eher heißen müssen „Kann ein Arbeiter durch Verrat an seinen Kollegen sich einen kleinen Vorteil verschaffen?“ Zur Erheiterung, besserem Verständnis und Aufklärung sei hier das Wesentliche des Vortrags wiedergegeben.

Eine Organisation der Arbeiterschaft ist notwendig zur Verbesserung ihrer Lage, jeder einzelne muß sich aber bewußt sein, was er dem Vaterland und der Familie schuldig ist. Wenn wir von dem Gesichtspunkt ausgehen wollten, der Sozialdemokratie Konkurrenz zu machen, dann können wir uns heute schon begraben lassen. Nicht die Arbeitgeber gründen die Werkvereine, denn der Arbeiter entscheidet doch über Krieg und Frieden. Die Arbeiterschaft wird aber schon die richtige Organisation in die Wege leiten. Nach den heutigen Verhältnissen werden die Arbeiter zu entscheiden hier Substantielles (!) und auf der anderen Seite die vernünftigen Arbeiter. Wie steht nun die Öffentlichkeit zu uns? Da ist das Resultat allerdings sehr trübselig. Weil wir nicht für

den Streik eintreten, haben wir die Mißstände der Öffentlichkeit verheimlicht. Namhafte Wissenschaftler stellen sich gegen uns, und ein Solcher aus solcher Feder schadet uns mehr, als die Kritik der demokratischen Presse. Als Beleg dienen betrachte man uns. In den 100 Wunden, wenn hier bei der Arbeiter in Zweifel geraten. Aber wir können, wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Ein Werkverein der Gelben hört auf, Existenzberechtigung zu haben, wenn er für Streiks eintritt, das kann nur der einzelne Arbeiter (!). Wir haben keine Schuld daran, daß die Organisation der Arbeitgeber so stark ist. Wenn die Arbeitgeber erst einmal so vernünftig wären, ihren Standpunkt durchzuführen, dann würden die Sozialdemokraten schon sehen, daß sie sich die Köpfe einstoßen. Wir wollen eine nationale, wirtschaftliche, friedliche Arbeiterschaft.

Während des Vortrags wurde ein Arbeiter, der sich einen unverständlichen Zwischenruf gestattet, von sechs Männern ohne weiteres angefaßt und an die festsitzende Luft gesetzt. Bei den einzelnen Redaktionen gaben die Direktoren durch Handgestikulieren des Kommando zum „stimmlichen“ Beifall ihrer Ingenieure und Beamten, sowie Werkmeister, während es einem Teil der Arbeiterschaft sichtlich nicht ganz behaglich zu Mute war.

Der zweite Redner, Bezirksleiter Subbutat-Breslau, rebete über „Die Werkvereinsbewegung in Breslau und ihre Gegner.“ Dieser Redner schlug christliche Töne an. Er beklagte sich, nachdem er das „Aufwachen“ der Gelben Bewegung in Breslau festgestellt hatte, daß Kongresse, wie der christlich-sozial in Wessobrunn und der evangelisch-sozial in Nürnberg sich gegen die Werkvereine ausgesprochen hätte, die doch ein christliches Programm erfüllten! Für die Gesellschaft für soziale Reform, die dieser Tage erst in Berlin ihre Stimme gegen die Gelbe Bewegung erhoben hätte, besaß der Redner nur Worte der Verächtlichkeit! Aber, so subelte Subbutat, neben äußerlichen Erfolgen haben die Werkvereine auch innerliche Erfolge aufzuweisen und zwar bezeichnen sie jetzt die Betriebskrankenkasse bei Linke-Hoffmann, die früher von der freien Gewerkschaft beherrscht war. Dieser Umstand ist allerdings nur, wie Redner sagte, dem Streik und der notwendigen (!) Aussperrung zu verdanken! Zum Schluß rief der Redner den Bürgern zu, neben den Werkvereinen eine Geschlossenheit gegen die umstürzlichen Sozialdemokraten zu bilden, nachdem er noch betont hatte, daß es bedauerlich sei, zu sehen, wie sich viele Arbeitgeber in ihren eigenen Betrieben von den Arbeitern das Fett aus der Hand nehmen ließen, sie hätten einfach gar nichts mehr zu sagen.

Mit dem Schlußwort, daß die Aussperrung bei Linke-Hoffmann notwendig gewesen sei, führte auch der Versammlungsleiter Plan gegen 1 1/2 Uhr diese „Anarbeiterversammlung“ zu Ende.

Stadt und Provinz.

Der Streik der schlesischen Eisenarbeiter ist tatsächlich recht erfolgreich beendet. Die allgemeinen Bedingungen brachten wir am Sonnabend. Der Eisenarbeiterverband hat durch das Vorgehen der Unternehmer allein in Siegenau, Strehlen und Ströbel mehr als 200 neue Mitglieder gewonnen.

Deutsches Reich und Ausland.

Achtung, Hulmaher! In Altenburg (Sachsen) sind die Kollegen ausgesperrt worden. Zugang ist streng fernzuhalten.

Friede auf der Grube „Hofenbach“. Der Streik auf der Grube „Hofenbach“ ist beendet. Der Arbeiterausschuß hat beschlossen, die Arbeit am 18. d. Mts. wieder aufnehmen zu lassen.

Geschlichtete Verhandlungen über einen Reichstarif für die Anwaltsangeestellten. Im Sommer vorigen Jahres trat der soziale Ausschuss des Deutschen Anwaltsvereins mit den Bureauangestelltenverbänden in Verbindung, um über die Möglichkeit eines Reichstarifs für die Rechtsanwaltsangeestellten zu verhandeln. Die Verhandlungen zwischen dem Ausschuss und den Angestellten-Vertretern führten zu dem Ergebnis, daß an der Durchführbarkeit eines solchen Tarifes nicht gezweifelt werden könne. Die Angestelltenverbände lehnten daraufhin ihre Vorschläge an den sozialen Ausschuss des Deutschen Anwaltsvereins ein. Die Frage wurde sodann am 1. Juni 1914 dem Deutschen Anwaltsverein dem Vertretertag am 8. März 1914 vorgelegt. Dieser hat den örtlichen Anwaltsvereinigungen empfohlen, den Verhältnissen der einzelnen Orte angepasste Vorschläge nach Anhören der Vertretungen der Bureauangestellten auszuarbeiten.

Nachdem so der Vorschlag eines Reichstarifs für die Arbeits- und Gehaltsverhältnisse von der Organisation der Deutschen Rechtsanwälte abgelehnt worden ist, haben die Vertreter der beteiligten Bureauangestelltenverbände (Verband Deutscher Bureauangestellter, Verband der Bureauangestellten Deutschlands, Verband Deutscher Rechtsanwalts- und Notariatsbureauangestellter, Bund Süddeutscher Anwaltsgehilfenvereine) beschlossen, einmütig gegen diese sachlich nicht gerechtfertigte Haltung des Deutschen Anwaltsvereins Beschwerde einzulegen und zu den vorgeschlagenen örtlichen Tarifverhandlungen Stellung zu nehmen. Es wird zu diesem Zwecke die Abhaltung eines Allgemeinen Deutschen Anwaltsangeestellten-tages geplant, der am 7. Juni in Leipzig stattfinden und zu einer einmütigen Rundgebung der Deutschen Anwaltsangeestellten angestaltet werden soll.

Streik und Aussperrung in der Autinindustrie. In Altenburg stellen am 13. Mai 180 Quidarbeiterinnen der J. R. F. schen Gussfabrik die Arbeit ein. Die Arbeitseinstellung erfolgte wegen schlechter Behandlung der Arbeiterinnen, durch die Direktor. Die Erklärung der Arbeiterinnen, künstlich nicht mehr mit der Direktion zusammen arbeiten zu wollen, beantwortete die Firma mit der Aussperrung des übrigen Personals. Gegen 400 Personen, zur Hälfte Arbeiterinnen, stehen im Kampfe.

Als Schreckschuß ohne Wirkung — der Betrieb hätte lawienso ruhen müssen — hat die Firma die Fabrik bis auf weiteres geschlossen. Anschließend will der Unternehmerverband eine besondere Aktion einleiten. Zugang von Sutarbeiterinnen und Arbeiterinnen ist fernzuhalten.

Streik und Aussperrung im Eisen- und Stahlwert Holz in Dortmund. Genanntes Wert hat im vorigen Jahre seinen Betrieb um ein Drahtwalzwerk erweitert. Die Arbeitsverhältnisse sind so miserabel, daß etwa 90 Drahtwalzarbeiter ordnungsgemäß gekündigt haben und nunmehr ausgesperrt sind. Nachdem dieser gelassen, hat das Wert selbst noch weitere 185 Arbeiter, (Weiger, Wäcker und Lacerarbeiter) gekündigt. Diese werden also ausgesperrt. Die ausländischen Drahtzieher sind sämtlich organisiert.

Der Streik der spanischen Handelsmarine. Alle Versuche der Regierung, den Streik zu beenden, sind bis jetzt erfolglos geblieben. Die Schiffsfahr-Gesellschaften von Bilbao wollen keinen letlichen Schiedsgericht anerkennen. Die Lage verschlechtert sich von Tag zu Tag. Im Barzelona sind mehrere tausend Arbeiter zum Streik gekommen. Auch in den Industriellen-Bezirken macht sich die Krise unangenehm bemerkbar, weil infolge Mangels an Schiffen die Fabriken zur Verminderung der Produktion gezwungen sind.

Der italienische Gewerkschaftskongress in Mantua. beschloß sich in mehrmaligen Sitzungen mit der Frage der Taktik. Mit 188.000 gegen 60.000 Stimmen fand eine Resolution Annahme, die die bisherige Haltung der Gewerkschaftsbundes aufhebt und die Notwendigkeit des Bandingbandens der sonst getrennten Organisationen der Gewerkschaften und der sozialistischen Partei. Dem Kongress wohnten 208 Delegierte bei, die 827.000 angeschlossene Mitglieder vertreteten.

Genossen! Agitiert überall für die Arbeiterpresse!

Die polizeilichen Verfolgungen und Bedrückungen der Arbeiterbewegung.

Wichtig und eindrucksvoll war am Sonntag die Kundgebung gegen die polizeilichen Verfolgungen und Bedrückungen, unter denen die Breslauer Arbeiterbewegung, Gewerkschaften, freie Turner und Sängere, die Jugend und die Frauen, zu leiden haben. Weit über die Grenzen der Stadt hinaus ist bekannt, wie hart unsere Verhältnisse urteilen, wenn „Terroristen“ und Sozialdemokraten vor ihren Schranken stehen. Nicht weniger aufpeitschend ist, was die Polizei in den ganzen Jahren hindurch getan hat, um den aufstrebenden Arbeiterorganisationen in den Arm zu fallen.

In den letzten Wochen und Monaten sind die polizeilichen Verfolgungen in Breslau besonders auffällig gewesen und jedes führende Arbeiterorgan kämpft sich emporkämpfend bei all den Verboten und Strafbefehlen, die einander jagten. Da mußte wieder einmal in aller Deutlichkeit laut und deutlich gesagt werden, wie das Volk darüber denkt. Das ist geschehen im überfüllten Saal und Garten des Gewerkschaftshauses. Tausende von Männern und Frauen waren zur Stelle, und der stürmische Beifall, von dem die Reden der Genossen Bernstein und Löbe begleitet wurde, erregte am besten, wie ungerecht der harte Polizeidruck empfunden wird und wie kraftvoll sich alle zur Wehr setzen, die zu den Klassenbewußten Arbeitern zählen. Als die Redner mit dem feierlichen Gelübde endeten, daß keine Macht der Erde, am allerwenigsten Polizei und Verächte, mächtig genug sind, der stetig vorwärts drängenden Arbeiterbewegung auf die Dauer zu schaden, da lobte die Begeisterung hell empor und auf allen Gesichtern war zu lesen: nun erst recht kämpfen wir mutig weiter, trotz alledem.

Beide Redner sprachen im Saal und Garten. Genosse **Eduard Bernstein**,

mit lebhaftem Beifall begrüßt, führte u. a. folgendes aus:

„Voraussetzung für Reform des Arbeiterrechts sind starke Organisationen beider Parteien. Hier nun ist alles Licht auf Seiten der Arbeitgeber, aller Schattenseiten bei den Arbeitnehmern. Wir haben kein Verfassungsverhältnis; im Wahlrecht sind die Arbeiter ungünstiger gestellt, das Vereinsrecht kennt nur sie. Und diese Rechtsungleichheit wird durch Polizei und Rechtsprechung und strafrechtliche Handhabung noch verschärft. Unternehmer verdrängen Arbeiter, was bei den Arbeitern hart geschmiedet wird.“

Wer sagt das? Das sagt ein Mann, der eine hohe Stellung ausfüllt. Prof. Ernst Franke, ein ehemaliger Stadtrat und durchaus laienfremder Mann, hat vor acht Tagen in einer Kassenversammlung für die Fortbildung der Sozialreform in Berlin gesagt. Und Franke steht damit nicht allein; ein früherer Minister und viele Gelehrte und Industrielle sind derselben Ansicht, daß wir zweierlei Recht haben, daß dem Unternehmer erlaubt ist, was beim Arbeiter bestraft wird. Und Franke sagt noch mehr, er sagt, man will die Verkrümmung der Gewerkschaften. Das sagt ein Mann, der durchaus ruhig denkt und kein Streiber ist, aus seiner tiefsten Überzeugung heraus. Entsprächen seine Worte den Tatsachen? Hier in Breslau wird man daran nicht zweifeln. (Sehr richtig.) Es hiesse Eulen nach Athen tragen, wollte man hier noch sprechen über die Rechtsungleichheit.

Künstlich werden jetzt Gegenorganisationen der Arbeiter ins Leben gerufen. Was man 1878 durch das Sozialstrafgesetz nicht erreicht hat, das versucht man jetzt zu erreichen durch ein System von Maßnahmen: die Schwächung der einzig guten und gerechten Arbeiterbewegung.

Nach § 153 der Gewerbeordnung wird der sogenannte Terrorismus der Arbeiter mit Gefängnis bestraft. Als man 1869 dieses Gesetz geschaffen hat, glaubte man wohl, Licht und Schatten gleichmäßig zu verteilen. In der Praxis kam es aber anders. Viele Tausende von Arbeitern wurden angeklagt und verurteilt; aber die Statistik kennt keinen einzigen bestraften Unternehmer. Und doch wissen wir, daß der Terrorismus der Unternehmer gegenwärtig riesengroß ist und gegen die Arbeiter alles getan wird, um ihnen das Vereinigungsrecht zu rauben. Bestraft müßten die Unternehmer werden, die dem Arbeiter das Vereinigungsrecht zerstören. (Sehr richtig.) Gegen die Arbeiter gibt es eine Unzahl von Urteilen; z. B. wegen des Wortes Streikbrecher hat man Arbeiter schon zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. (Pfeil!) Unsere Staatsanwälte und Richter emblemen bei den streikbrechenden Arbeitern eine merkwürdig zarte Haut, viel zarter als bei einer Madamame. (Sehr richtig.)

Arbeitswillige stehen bei uns in höchster Gunst als nützliche staatsverhaltende Elemente. (Große Heiterkeit.) Was sind sie in Wirklichkeit? Der „Reichsbote“ sagt, es gibt edle Leute darunter und Alle, die keine Arbeit mehr finden würden; aber im großen und ganzen sind es ganz andere und niedrige Gründe, die den Arbeitswilligen leiten: Er will sich in das Nest des andern setzen. Es gibt gewerkschaftliche Vermittler solcher Arbeitswilligenkolonnen, die alles, aber nur keine nützlichen Elemente sind. Obwohl, es kann vorkommen, daß mancher aus edlen Gründen zum Streikbrecher wird; doch in 99 von 100 Fällen sind es Landstroläher des Kapitals, lässliche Menschen und vorbestrafte, die Strafe, die Stellung und Genossen. In zahlreichen Prozessen hat sich ja gezeigt, wer Streikbruch begeht. Ein anständiger Unternehmer will von dieser Wunde nichts wissen. (Sehr richtig.)

Wer die sozialen Verhältnisse kennt, muß sagen, die Arbeiterorganisationen sind heute eine Notwendigkeit. (Sehr richtig.) Die Arbeiter wären sonst ein Spielball in der Hand der Unternehmer. Die Arbeiterorganisation ist heute dringend nötig für die Allgemeinheit. (Sehr richtig.) Und da will man noch Gesetze gegen die organisierten Arbeiter machen. (Pfeil!) Man erlaubt den Arbeitswilligen, mit Dolchen und Revolvern herumzugehen, und die Polizei findet so manchen von ihnen nicht, der schwerer auf dem Gewissen hat. Man ist doch sonst um unsere Sicherheit so besorgt, was Sie auch heute sehen. (Stürmischer Beifall.) Ein Zustand wahrer Rechtslosigkeit ist eingetreten. Wir sehen es an der Jugendbewegung, die von uns vertrieben wird. Die staatsverhaltenden Jugendorganisationen werden gepflegt, aber die Arbeiterjugendvereine hemmt man. Das ist die Furcht vor der Arbeiterbewegung. Keulich hat man ja einen Vorzug über die Furcht der Seitenraupe verboten. (Sehr richtig.) Edle Vorträge und Gedichte werden verboten. (Pfeil.) Es ist lächerlich und doch wieder empörend. Man wird trotz alledem gegen uns nichts ausrichten, denn unsere Bewegung ist hell herauf. Man ist uns zu stark. (Stürmischer Beifall.)

Der Volksfürsorge der Gewerkschaften und Genossenschaften, die den bürgerlichen Profitmachern die Millionen entziehen will, werden andere Gesellschaften gegenüber gegründet. Die angestellten Krankenkassenangehörigen werden als Beamte erklärt, um ihnen staatsbürgerliche Rechte zu nehmen und die Hände zu binden. In England sagte ein Minister: Es ist unser Stolz, daß wir die Beamten nicht nach ihrer Meinung fragen. (Bravo.) Die Gewerkschaften werden als politisch erklärt, um ihnen die Beziehungen zur Jugend zu nehmen. Das Vereinsgesetz wird eben immer zum Nachteil des Arbeiters ausgelegt. In England und in der Schweiz hat man gar kein Vereinsgesetz. Ich habe in England vor einer Kabell geredet, wo die Arbeiter streikten, und niemand hat mir etwas getan, obwohl ich ausländer war. (Gr. Heiterkeit und Beifall.) Die englischen Gewerkschaften haben sich immer unpolitisch gehalten und sich schon vor vielen Jahren ein besonderes parlamentarisches Bureau geschaffen. Eines will ich Ihnen noch sagen, vor dreihundert Jahren machte ich eine kleine Anfrage im Reichstage, wieviel in den einzelnen Ländern die Staaten Zuschuß zur Arbeitslosenversicherung zahlen. Da meinte der Herr Staatssekretär, wir werden die Sache studieren. Ich glaube, man wird noch recht lange studieren. (Gr. Heiterkeit.) In England werden inzwischen Hunderte von Millionen für Arbeitslose ausgegeben.

Im Verammlungsleben herrscht überall Schamane. Man geht man gegen Konserbative oder Kräftevereine vor, immer nur gegen Arbeitervereine. Was man in Breslau getan hat, das wissen Sie am besten und wird Gen. Löbe noch behandeln. Die Bevormundung darf sich ein mündiges Volk nicht gefallen lassen. (Sehr richtig.) Gegen diese Bevormundung erheben wir Protest. Er wird nicht bald gehört werden; aber wir wollen ihn ein Gelächter sein lassen. Man hat mit allen früheren Mitteln uns nicht unterdrücken können. Darum wollen wir kämpfen und bei jeder Gelegenheit unsere Stimme erheben. Wir wollen der Worte gedenken, die Schiller im „Zell“ den Schwetzern gegen die Unterdrücker in den Mund legt: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr.“ (Stürmischer Beifall.)

Aus der Rede des Genossen **Paul Löbe**,

der sich mehr mit den Verfolgungen am Orte beschäftigte, ist folgendes hervorzuheben:

Die ungewöhnlichen Verfolgungen, die Breslauer Arbeiter in den letzten Monaten zu erdulden hatte, sind etwa nicht geeignet, uns unruhig oder mühsam zu machen, im Gegenteil: Wir zählen sie zu dem Kapitel, das unsere Feinde mit der Ueberchrift „Das Schweinegeld der Sozialdemokratie“ versehen haben. Wir wundern uns darüber nicht, denn zu allen Zeiten haben die herrschenden Klassen ihre Machtmittel angeordnet, um die sozialdemokratischen Tendenzen zu unterdrücken. Wie es der Polizeistaat getan hat, so hält auch der sogenannte Rechtsstaat und es wird so bleiben, bis wir eine Gesellschaft ohne Klassen haben, bis das Band gemeinamer Interessen alle Bürger verbindet und den Kampf der Kräfte an die Stelle der Unterdrückungen treten läßt. Das wird die Fortführung der bisherigen Entwicklung sein, in der Polizeistaat und Rechtsstaat natürliche Mittelglieder waren. — Heute gibt es viele, die so polizeifromm geworden sind, daß sie sich für jede kleine Freiheit, die man ihnen läßt, noch höchlich bedanken müßten, sie glauben, sie müßten immer bedankend sein. Ein solcher Glaube kann sich auf das preussische Landrecht stützen, das in einem Artikel sagt, die Polizei sei zur Abwendung aller dem Publikum drohenden Gefahren berufen, ein Gebot, das im Gebot des Polizeistaats in drölicher Weise ausgebetet ist. Wollte die Polizei das alles tun, was man ihr da zumutet, dann müßte sie fast allwissend sein und manchmal beobachten wir auch, daß die Polizei in einem einzigen Monat lang den Kopf zerbrechen. So ist es z. B. die Frage über die Grenze zwischen politischer und unpolitischer Betätigung. Worüber sich Minister, Abgeordnete und Professoren nicht ganz klar werden, das entscheidet eine einfache Polizeiverfügung und wer nicht daran glaubt, dem werden 50 Mark Geldstrafe angedroht. Natürlich sind es z. B. immer die freien Gewerkschaften, die politisch sind, gelbe und konfessionelle können den Kampf gegen die Sozialdemokratie direkt als ihren Hauptzweck angeben — sie sind trotzdem nicht politisch. Die deutschen Turner, die ihre eigene große Vergangenheit verneinend haben, schließen Mitglieder aus, weil sie Sozialdemokraten sind, kümmern sich also direkt um die politische Gesinnung ihrer Angehörigen — das ist nicht politisch. Bei den freien Turnern, die niemanden nach ihrer Meinung fragen, da ist die Gefahr sozialdemokratischer Raubzügen so groß, daß sie für politisch erklärt werden. In jeder Turnstunde rückt ein Polizeiaufgebot an, lange Vernehmungen finden statt, da gab es Beamte in Ueberfülle, trotzdem die Stadtvorstand-Würger einmal auf eine Eingabe den Bescheid erhielten, man könne zu ihrem Schutze vor Einbrechern nicht mehr tun, weil man zu wenig Beamte habe. Das Jugendheim ist in 10 Tagen 5 mal mit Polizeibuch beehrt worden. Wir würden es viel lieber sehen, diese Beamte würden ausschließlich zur Entdeckung unaufrichtiger Verbrechen und Mordtaten (Sehr richtig) von der Goldkette angehängt bis zum Mord auf dem Mittelwege. Selbst wenn nach dem Handabstreifen noch viele Beamte lüchten (Großer Beifall), könnte es nichts schaden; denn Oberbürgermeister Dr. Bender erklärte im Herrenhause, wenn er Polizeiverwalter gewesen wäre, er hätte diesen Schupmann entbeht. Während die freie Jugend von der Polizei peinlich bewacht wird, zieht die patriotische Unbeleglichkeit und begünstigt von den Behörden durch die Straßen. Sie ist unpolitisch. Wenn man der Jugend den Völkervertrag lehrt, die Gegnerschaft zu Franzosen und Engländern, die Notwendigkeit großer Heere und Flotten und ihr allerhand verlogenes Zeug über die Arbeiterbewegung erzählt, — so ist das unpolitisch und erlaubt. Wenn man ihr den Völkervertrag lehrt, ihr natürliches Gefühl gegen die Abschachtung der Völker und die Vorbereitungen dazu fahrt, ihr die hohe kulturelle Bedeutung der Arbeiterbewegung aufzeigt, so ist das politisch und wird verboten. Redner zielt einen dazu passenden Vers des Polizeigebichts. Jetzt soll auch der Bildungsausschuß ein politischer Verein sein, der so viel zur geistigen Hebung und Bereicherung der Unterhaltung der Arbeiter getan hat. Er soll Satzungen einreichen, obwohl er nie welche gehabt hat. Früher hat einmal ein Verein im ähnlichen Falle ein weißes Blatt Papier eingereicht, aber das hat auch nicht genügt. Doch selbst diese Verfolgungen sind nicht neu, im März 1848 ist in Breslau schon die Verfolgung von Schillers Zell verboten worden. Damals kam es aber anders, es brachen Unruhen aus und zehn Tage später verließ der Polizeiverwalter Breslau. Heute behält uns die Polizei von der Wiege bis zur Bahre, vom Juppstein bis zur roten Kransschleife (Gr. Beifall). Trotz aller genauen Registraturen kann jedoch ein aus dem Gefängnis entlassener Arbeiter Bürgermeister werden (Gr. Heiterkeit) und obendrein ein schlaues, als viele seiner Kollegen (Pfeil), aber wir werden weiter behält. Redner zählt all die Vorfälle bei Verhörungen von der Verlegung des Jahres 1884 bis auf den heutigen Tag auf und führt dann die Mitteilung daß bei einer Kritik dieser Maßnahmen der Breslauer Polizeipräsident am 17. März 1914 in Breslau in folgenden Worten gesprochen hat: „Ich habe die Verfolgungen der Arbeiterbewegung in Breslau in der letzten Zeit sehr bedauerlich gefunden.“

Fällen auch noch die Verleibigungsfrage erhebt. Das größte Mauthierum haben jetzt vor ihrem Tische die Sängere zu bestehen. Redner geht auf die Verbote ein, die in dieser Beziehung ergangen sind, bespricht ihre Begründung und stellt ihnen die Auslösung der ganzen Presse über das Gewerkschaftsrecht gegenüber.

Wundern müßte man sich nur, daß es noch Leute gibt, die glauben, damit das Wachstum der Arbeiterbewegung zu hindern. Als sie noch ganz klein war, hielt man den Polizeistab schon für ein Mittel dagegen und jetzt, wo sie zum ebenbürtigen Jüngling heranreift, glaubt man sie zu töten, wenn man uns arme und keine leidet, unserer Jugend die Augen verbindet und unsere Sängere den Mund verschließt. Da kann man nur sagen: O, ihr Kleingläubigen! (Stürmischer Beifall). Viel eher können wir rufen: Es leben unsere Freunde, die Feinde, denn sie arbeiten unfreiwillig für uns! (Stürmischer Beifall.) Die gefeierten Verfolgungen sind eine Erscheinung des Ministeriums Dölling, des hinausgepurzelten Kanalrebellens. Und doch hätte es vor seinem Abgange noch ein großes Reineinmachen veranstalten können, denn waren erst die Polizeistände in Berlin, Frankfurt, Kassel, etc. passiert. Dort gab es viel zu retten für Elite und Ordnung (Beifall). Daß unsere Verfolgungen nicht so gefährlich sind, das hat ja der Fall Zoll bewiesen; als der ausgewiesene Redner dreimal gesprochen hatte, war Preußens Sicherheit noch so gut als vorher (Sehr richtig). Der preussische Polizeigeist geht aber zum Dreifachsystem, erst seine Abschaffung wird das Uebel beseitigen. Bestritten wird es erst eine neue Gesellschaft. Für sie zu arbeiten und zu kämpfen, das ist der Ruf, der auch von dieser Verammlung ausgeht. Ihr Sängere, die ihr das Volks-, das Frühlings-, das Minnelied singt, laßt den Sturmgesang der Freiheit in Euch ertönen und Euch zu jähren, unermüdbaren Kämpfern in der Sozialdemokratie werden! Ihr Turner, denkt daran, daß die Verleibungen des freien Mannes schon immer verboten waren, nicht in den Staub des Hygientismus, sondern werdet freie Männer einer freien Arbeiterbewegung! Ihr Eltern, denen man die Seele des Kindes entzweigen und zum Gegner führen will, lehrt die Jugend mit klugen Worten und warmer Liebe, daß sie bereit mit Freude an dem Plage kämpfen, an dem Vater und Mutter hand! Ihr Väter, die Ihr zu hoch seid, um immer nur gemäßigelt und reglementiert zu werden, laßt den Entschluß, mit verdoppeltem Eifer für die Bekämpfung dieser Polizeimachenschaften in den Reihen der Sozialdemokratie zu wirken — das sei unsere Antwort! (Stürmischer Beifall.)

Die Polizei hatte offenbar große Rundgebungen im Innern der Stadt erwartet, denn Scharenweise strömten die Kommissare und Schutzleute auf das Rathaus und das Regierungsgebäude zu, sie selbstverständlich beide vor dem roten Bann geschützt werden mußten. Daß auch das Gewerkschaftshaus von der Polizei stark besetzt war, braucht wohl kaum besonders gesagt zu werden. Bei der „Ernst“ des Tages waren auch die braunen Lederbügel mit den Revolvern umgeschwiffen. Wer weiß, was kommt, und sicher ist sicher; wenn garnichts hilft, so ein paar blaue Hühner verschaffen der Polizei immer noch die nötige Achtung. Es kam zu keiner Demonstration, und die Schutzleute konnten bald wieder seelenruhig nach Hause gehen. Wir gehen eben nicht auf die Straße, wenn uns die Polizei erwartet; wir demonstrieren, wenn wir es nötig halten.

Die großen Verammlungen hatten übrigens auch den Erfolg, daß 31 neue Parteimitglieder und 23 „Volkswacht“-Abonnenten gewonnen wurden. Das ist die feste Antwort auf alle die polizeilichen Verfolgungen und Bedrückungen: mehr Mitglieder und mehr „Volkswacht“-Abonnenten!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 18. Mai.

Die Steuern in Breslau für 1914.

Der Steuerbeschluss der Stadtverordneten-Versammlung für 1914 ist von der Regierung genehmigt worden. Der Magistrat gibt bekannt, daß nach den übereinstimmenden Beschlüssen der städtischen Behörden mit Genehmigung des Bezirksausschusses und unter Zustimmung der Minister des Innern und der Finanzen zur Deckung des auf 1988 000 Mark festgestellten Steuerbedarfs für das Rechnungsjahr 1914 erhoben werden:

- a) Als Gemeindegeldsteuer 8,70 vom Tausend des gemieteten Wertes der Grundstücke, entsprechend 189,88 Prozent der staatslich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer.
- b) 189 Prozent der staatslich veranlagten Gewerbesteuer.
- c) 164 Prozent Zuschlag zur Staatsinkommensteuer.

Als Kanalgebühr werden 0,824 Pf. auf 1 M. Gebäudevermehrwert erhoben.

Die Gemeindegeldsteuer (184 Prozent) zur Staatsinkommensteuer) haben sich gegen das Jahr 1913 nicht erhöht. Nachdem nunmehr die behördliche Genehmigung vorliegt, werden die Steuerbriefe nicht lange auf sich warten lassen. Wer ein jährliches Einkommen von mehr als 900 M. hat, wird zur Staatsinkommensteuer herangezogen und erhält eine besondere Veranlagung ins Haus geschickt. Die Einkommen unter 900 M. bleiben in Breslau steuerfrei.

* Die roten Kransschleifen. Am Sonnabend nachmittag hielt es die Polizei wieder einmal für ihre Pflicht, den durch rote Kransschleifen bedrohten Klassen- und Volkspolizei vor dem drohenden Umsturz zu retten. Vom Altersheimhospital aus fand die Verlegung des Genossen Brodala statt, bei der wieder zwei eigentlich den Spendern gehörige rote Kransschleifen in den Besitz der Polizei durch Konfiskation übergingen. Die Namen der beiden Kransschleifer wurden natürlich auch wieder festgestellt. Das geschah hinter der Rosenthaler Brücke, also fast außerhalb der Stadt. Eine dritte Schleife war für die Polizeifinger nicht erreichbar und konnte ungehindert am Grabe niedergelegt werden, ohne daß die heilige Ordnung und Sicherheit dabei zu Schaden gekommen wäre.

* Gegen die Behauptung der öffentlichen-rechtlichen Lebensversicherung durch den Magistrat wandte sich kürzlich die Breslauer Stadtverordnetenversammlung. Es sollten die Aktiva in der Tafel für die Öffentlich-rechtliche aus der städtischen Sparkasse entfernt werden. Der Magistrat ist dem Beschlusse der Stadtverordneten beigetreten und hat jetzt die Entfernung dieser Aktiva besetzt.

Die Lage des deutschen Arbeitsmarktes.

In der fortgeschrittenen Erholung des deutschen Arbeitsmarktes kann nach den Berichten der Arbeitsnachweise in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres kein Zweifel mehr bestehen. Im Monat April ging der Andrang zum ersten Male unter das Niveau des Vorjahres herab. Bei einer größeren Anzahl von Arbeitsnachweisen, die über ihre Vermittlungstätigkeit rasch und zuverlässig berichten, kamen nämlich auf je 100 offene Stellen durchschnittlich Arbeitsuchende:

	Januar	Februar	März	April
1918	142,1	130,9	118,9	127,0
1914	172,0	162,6	137,2	126,5
Differenz gegen das Vorjahr	+ 80,9	+ 21,7	+ 18,8	- 0,5

Zu der Abnahme der Spannung gegen das Vorjahr kommt die allmähliche Besserung der Arbeitsmarktlage deutlich zum Ausdruck.

Im Vergleich zu den Krisenjahren 1903 und 1909 zeigt die Arbeitsmarktlage bei den Männlichen gegenwärtig noch eine recht günstige Verfassung, während bei den Weiblichen eine noch leichtere Verschlechterung besteht. Diese erklärt sich vor allem aus der Zunahme des Angebots weiblicher Arbeitskräfte. In den Berichten der Arbeitsnachweise wird in erster Linie auf die fast durchweg befruchtende Bautätigkeit hingewiesen (die sich allerdings in Schlesien noch nicht bemerkbar macht, v. N.). Besonders in Süddeutschland setzt die Baukonjunktur diesmal lebhafter ein als in den beiden Vorjahren. Auch im Holzgewerbe ist die Beschäftigung im allgemeinen befriedigend. Auffallend scharf tritt jedoch neuerdings die flache Konjunktur in der Eisen- und Metallverarbeitung hervor. In einigen Zweigen der Eisen- und Metallverarbeitung hervor. Verschleiernd wird gemeldet, daß kleinere Betriebe der Verfeinerungsindustrie wegen Arbeitsmangel gänzlich stillgelegt werden mußten, während die großen Unternehmungen die Beschäftigung nur unter erheblicher Kürzung der Arbeitszeit und Einlegung von Ferialschichten aufrechterhalten können. Daneben gibt es aber auch zahlreiche Betriebe der Metall- und Maschinenindustrie, die ganz flott beschäftigt sind. Eine erfreuliche Besserung zeigt sich im Textilgewerbe mit Ausnahme einiger Spezialbranchen. Auch in der Bekleidungsindustrie hat sich der Geschäftsgang größtenteils gehoben. Nur die Weiskensers Schuhindustrie ist sehr schlecht beschäftigt. Recht flott ist die Konjunktur in der süddeutschen Lederindustrie.

Chirurg eines Rassenbeamten.

Wir lesen in der „Schles. Volksztg.“, dem Breslauer Zentrumsblatt: „Am Freitag waren 25 Jahre verfloßen, seit der bisherige Kandidat Joseph Biskowski bei der Ortskrankenkasse tätig ist. In Anbetracht seiner außerordentlich gewissenhaften und umsichtigen Leitung, mit der er die Kasse aus kleinen Anfängen zu der jetzigen bedeutenden Höhe mitgeführt hat, wurden ihm am Freitag vor Beginn der Rassenstunden in einer kleinen Feier eine Anzahl Ehrungen zuteil. Zunächst bestanden die in Anwesenheit sämtlicher Vorstandmitglieder und der Rassenangestellten, der Vorsitzende Zimmer im Namen des Vorstandes, überreichte ihm ein Dank- und machte ihm von der im Einverständnis mit dem Königl. Versicherungsamt erfolgten Ernennung zum Vizeauditor Mitteilung. Das Königl. Versicherungsamt gratulierte ihm in einem außerordentlich ehrenden, vom Vorsitzenden des Versicherungsamtes überreichten Anschreiben (und durch eine Ansprache des Vorsitzenden, Magistratsassessor Görlitz), Namens der Arbeitgeber des Vorstandes sprach in herzlichster Weise Kaufmann Eugen Ehrlich i. Fa. Perz & Ehrlich, der selbst schon über 25 Jahre dem Vorstand der Kasse anhängt, deren Glückwünsche aus. Auch die Angestellten und Mitarbeiter gratulierten ihm durch Überreichung eines Diploms und einiger wertvoller Erinnerungsgüter. Möge dem verdienten, arbeitsstarken Jubilare noch eine lange und reichgelegene Tätigkeit beschieden sein.“

Es ist vielleicht nicht ganz uninteressant, zu erwähnen, daß es sich hier um die Ehrenbezeichnung eines so oft geschmähten „sozialdemokratischen“ Rassenvorstandes handelt, die einem Anhänger des Zentrums gewidmet waren und zu denen sich auch noch der Vorsitzende des „sozialdemokratischen“ Verbandes der Orts- und Bezirkskrankenkassen, Stadterordneter Wittke, gesellte. Auch ein Beitrag aus dem Kapitel des Rassenerrors gegen andere bedenkende Angestellte.

Organisiert die Hausangestellten!

Eine Genossin schreibt uns: Wenn wir die Berichte unserer Gewerkschaften lesen, zeigt sich uns fast immer neben der allgemeinen Zunahme der Mitglieder besonders auch eine Vermehrung der weiblichen Mitglieder. Nur von einer Gewerkschaft, und zwar einer solchen, der fast ausschließlich Weibliche angehören, kann das nicht so behauptet werden. Wir meinen den Verband der Hausangestellten. Entsprechend der großen Anzahl Dienstmädchen ist es nur ein kleines Häuflein, das besonders in Breslau dem Verbands angehört. Die Ursachen hierfür liegen nicht hier und da bei anderen Verbänden, wo manchmal eine Stütze eintritt, an Krisen und Bergleichen, sie sind begründet in den besonderen Verhältnissen, in denen Hausangestellte leben. Durch das enge Zusammenleben der Dienstmädchen mit den Herrschaften wird ihnen jede Bewegungsfreiheit genommen. Sie hören und sehen wenig von dem großen Getriebe der Welt. Sie lesen keine Zeitungen, erhalten keine Aufklärung über wichtige Dinge, die sonst die Allgemeinheit interessieren. Wenn aber wirklich mal auch in ihren Kreisen eine wichtige öffentliche Frage besprochen wird, dann finden sich in der Regel Leute — gewöhnlich die Herrschaft selbst — die den Dienstmädchen eine Meinung einflößen, die sie bei richtiger Aufklärung niemals haben würden. So leben die Mädchen ziemlich weltfremd dahin, immer in beamteten Trott, mit Arbeit und Sorgen überlastet. Die meisten von ihnen wissen nicht, daß es auch für sie etwas gibt, woran sie sich auflehnen, sich Rat und Hilfe holen können. Ihnen ist ihre Berufsorganisation etwas ganz Fremdes, aber wenn sie einmal davon gehört haben, dann haben sie auch noch gewöhnlich ein solches Bild bekommen. Einige haben sich wohl einer Organisation angeschlossen, aber einer solchen, die nicht ihre Vorteile betreibt, sondern die der Herrschaften.

Da ist sich nun für die organisierten Männer und Frauen ein weites Tätigkeitsfeld auf. An alle ist die Wohnung gerichtet, alles zu tun, was in ihren Kräfte liegt, um auch die Dienstmädchen der Organisation zuzuführen. Es können sich zunächst einmal alle die beteiligen, die Verwandte haben, die etwa von außerhalb nach Breslau kommen, um diesen klar zu machen, wie notwendig auch für ein Dienstmädchen die berufliche Organisation ist. Daß Genossen oder Gewerkschaftler ihre eigenen Häuser der Organisation aufhängen, ist wohl selbstverständlich. Auch die, die vielleicht als Handwerker oder in ähnlicher Eigenschaft in Häusern kommen, wo Dienstmädchen arbeiten, haben Gelegenheit genug, die Frage zu berühren. Besonders junge, unverheiratete Männer haben die Pflicht, ihre Angehörigen auch in diesem Sinne aufzuklären. Sie tun das nicht

allein zum Vorteil des Verbannten, nein, auf für den Fall einer späteren Ehe mit dem Mädchen zu ihrem eigenen Nutzen. Mancher Ehemann weiß davon zu berichten, wie sehr ihn eine unangenehme Frau an der eigenen Organisation hindert.

Aber auch unsere Frauen haben Gelegenheit, mit Hausangestellten über die Organisation zu sprechen. Sie sollten sich auch — soweit sie sich selbst dazu fühlen — einer Hausangestelltenvereinsarbeit an der Hand haben, in nächster Zeit anzustreben, damit ein kräftiges Emporblühen dieser Gewerkschaft erreicht wird. So schwer wie auch bei dieser Gruppe weiblicher Angestellter die Aufklärungsarbeit sein mag, sie lohnt sich doch. Und sie lohnt sich nicht nur für die Organisation der Hausangestellten allein. Haben wir erst die Mädchen fester gemacht, dann werden viele von ihnen der allgemeinen Bewegung nicht mehr verloren gehen.

Also, einmal zum Wohle der Mädchen selbst, schließlich aber auch zugunsten des allgemeinen proletarischen Befreiungskampfes müssen alle gewerkschaftlich und politisch organisierten Männer und Frauen wider mitleidlos, die Hausangestellten ihrem Verbands zuzuführen.

Der Arzt beim Jugendgericht.

Ueber die ärztliche Mitwirkung beim Jugendgerichte macht Amtsgerichtsrat Dr. Köhne in der Halbmonatsschrift für soziale Hygiene und praktische Medizin wichtige Ausführungen. Bei der Behandlung verwahrloster und anormaler Jugendlichen müssen Richter, Verwaltungsbeamte, Pädagogen und Ärzte mitwirken.

Die Kriminalität der Jugendlichen hat in Deutschland erschreckend zugenommen und deshalb ist man dem amerikanischen Beispiel gefolgt und verlangt, daß unter keinen Umständen ein Strafverfahren zur Verhängung und Verurteilung der Jugendlichen beitragen darf. Man soll den Jugendlichen betrachten und untersuchen bis in die letzten Phasen seines Inneren. Darum ist ein besonderes Strafverfahren mit besonderen Richter erforderlich. Auch muß die Umgebung berücksichtigt werden, in dem der Jugendliche aufgewachsen ist. Es gibt genug Jugendliche, die nicht normal sind, ohne geisteskrank zu sein.

Deshalb muß ärztliche Mitwirkung bei der Beurteilung der Jugendlichen einzuwirken. Vor dem Hauptverfahren sind die jugendlichen Angeklagten von einem ärztlichen Sachverständigen zu untersuchen. Auch zur Verurteilung über die zukünftige Lebensgestaltung des jugendlichen Angeklagten ist der ärztliche Sachverständige hinzuzuziehen. Die Kosten sind als Gerichtskosten zu behandeln. Wahrhaftig Vorschläge, die alle Beachtung verdienen.

Heimatschutz.

Am Sonntag hielt im Vortragssaal des „Schlesischen Museums für bildende Künste“ der „Schlesische Bund für Heimatschutz“ seine diesjährige Hauptversammlung ab. In seinem Tätigkeitsbericht wies der Vorsitzende, Herr Universitätsprofessor Dr. Siebs, unter anderem mit Recht darauf hin, daß es auf dem Gebiete der Heimatschutz keine Parteienterschiede geben sollte. Allen Menschen sollte die Liebe zur engeren Heimat etwas heiliges sein. Dieser Heimat mit ihren ursprünglichen Naturerscheinungen, ihren alten Bauten, ihrer in der Volkseigenart wurzelnden Sitten und Gebräuchen sollten wir im Interesse einer völkischen Kultur alle tätig sein. Leider fehlt noch das Interesse weiter Bevölkerungsschichten für die Ziele des Bundes der einer immer weiter um sich greifenden Uniformierung durch eine Uniformität entgegenarbeiten will. Auch der Ehrenvorsitzende Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen, der bekanntlich schlesischer Landesherr im Kreis Granitz ist, äußerte sich im ähnlichen Sinne, wobei er einige Fälle aus seiner amnestischen Tätigkeit für den Bund erwähnte.

Sodann nahm Herr Prof. Dr. Schube (der Verfasser des empfehlenswerten „Schlesischen Waldbuchs“) das Wort zu seinem sehr inhaltsreichen und durch zahlreiche Lichtbilder ergänzten Vortrag über die letzten hundert Jahre der Geschichte des Bundes in der Naturdenkmalpflege. So mancher wertvolle alte oder seltene Baum ist durch die Tätigkeit des Bundes vor der Ugl Profitgierigkeit noch im letzten Augenblick gerettet worden. Obgleich sind zahlreiche Hindernisse (gewaltige Steinblöcke, die durch die Gleitender der Erde aus Standorten bis in unsere Gegend verschleppt wurden) vor der Verpflanzung zu Nutzweden bewahrt worden.

Weiter hat der Bund eine Beratungsstelle für vorbildliche Bau- und Friedhöfe eingerichtet, die sich vorzüglich bewährt hat, obgleich die darin tätigen Architekten ihre Arbeiten aus Mangel an Mitteln unentgeltlich leisten.

Weiter wurde freudig begrüßt, daß der Magistrat von Breslau, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung, eine außerordentliche Beihilfe in der Höhe von 5000 Mark in Aussicht gestellt hat, wenn andere Körperschaften sich ebenfalls zu einer Unterstützung entschließen.

Die Oderschiffahrt.

Ueber die Oderschiffahrt in der Woche vom 10. bis 16. Mai schreibt der hiesige Schiffsverkehrsverein u. a.:

Der Wasserstand der Berichtswoche hat sich nur wenig geändert. Die Fahrten im oberen Laufe der Oder von Neißemündung bis Breslau reichte ebenso wie in der vergangenen Woche zu einer Tauchtiefe von 1,20 Meter aus. Von Rosel wurden nur Fahrzeuge von 1,20 Meter Tiefgang abgelassen. Die Staustufen von Neißemündung bis Januschowitz sind noch reichlich mit tiefer gehenden Fahrzeugen besetzt, so daß die von Rosel-Hafen anschwimmenden, leicht beladenen Rähne aus dem Galtungen nicht so schnell herauskommen, weil unterhalb der Neißemündung bei Koppen die Durchfahrt nicht entsprechend den anschwimmenden Rähnen gefördert werden kann. Die Folge hiervon ist, daß auch von der Neißemündung aufwärts bis Oppeln schon neben den schwer beladenen Rähnen ein gewisser Ring von leichten Rähnen sich gebildet hat, die man mit Mühe auf die eben geschilderten Verhältnisse in Koppen nur langsam vorrücken läßt. Wenn die Witterung nicht bald umschlägt und der Wasserstand sich erheblich aufhebt, wird also die Durchfahrt bei Koppen zu einem bauernden Hindernis.

Am hiesigen Oderschiffahrtweg bilden sich zu Tal wie immer bei abfallendem Wasser vor der Unterschlusse Aufschotterungen von 1 bis 1 1/2 Tag wegen des starken Gefälles gegen die untere Oder heraus. In Berg warteten Anfang der Woche etwa 60 Rähne, während sich die Zahl gegen Ende derselben wesentlich minderte. Vor den für den Berg Schleusen sind Aufschotterungen nicht zu verzeichnen. Die Fahrt unterhalb Breslauer ist bei entsprechender Tauchtiefe als noch glatt zu bezeichnen.

Ruß Bierlokal nach Rognal schmieden?

Mit dieser Frage, die das ganze Destillationsgewerbe angeht, hatte sich am Montag das hiesige Schöffengericht zu befassen. Angeklagt war der Destillateur Seidel wegen Vergehen gegen das Weingeseh. Das chemische Untersuchungsamt der Stadt Breslau hat in einer vom Angeklagten gekauften Flasche Bierlokal nicht eine Spur von Rognal-Geschmack feststellen können. Der Direktor des Untersuchungsamtes, Dr. Lübrig, ist der Ansicht, Bierlokal muß nach Rognal schmecken, sonst ist es kein Bierlokal, darf wenigstens nicht unter dieser Bezeichnung in den Handel gebracht werden. Derselben Meinung ist auch die hiesige Staatsanwaltschaft und sie erhob gegen Seidel die Anklage.

Dieser erklärte vor Gericht, der von ihm hergestellte Bierlokal setze sich hauptsächlich aus Eigen- und reinem Weindestillat zusammen. Es ist notwendig, das Rognalaroma des Weindestillates zu verflüchtigen, damit ein charakteristisches Getränk daraus entsteht. Sollte man den Rognalgeschmack beibehalten,

so würde ein unansehnlicher und abfälschender Bierlokal entstehen, den kein Mensch trinken würde. Das Publikum verlangt auch gornicht, daß Bierlokal nach Rognal schmeckt; will nur ein reines und schmackhaftes Getränk, und die Forderungen entspräche der beanstandete Bierlokal.

Der Sachverständige Dr. Lübrig bestreift nicht, daß ein fraktionelles Bierlokal seiner chemischen Zusammensetzung nach, als reines Getränk anzusprechen sei; aber das Bierlokal des Angeklagten habe seinen charakteristischen Rognalgeschmack. Ein solches Getränk dürfte er nennen, wie es ihm bezeugt nur nicht Bierlokal. Uebrigens sei das verwendete Weindestillat nicht gleichbedeutend mit Rognal. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten schuldig des Vergehens gegen das Weingeseh und beantragte 50 Mark Geldstrafe. Das Gericht kam zu einer Verurteilung, es erkannte auf 20 Mark. Der Verurteilte wird Berufung einlegen.

Der unentschuldig ausgebliebene Zeuge.

Am Donnerstag verhängte die erste Breslauer Strafkammer über einen unentschuldig ausgebliebenen Zeugen eine Verurteilung von 20 Mark. Der Zufall wollte es, daß der Angeklagte, ein hiesiger Dentist, dem unlaunterer Wettbewerb zur Last gelegt wurde, auch nicht höher bestraft wurde. Außerdem wurden dem ausgebliebenen Zeugen, einem Breslauer Metzger durch sein Ausbleiben entstandenen Kosten des Verfahrens auferlegt.

Der Fall zeigt, wie sehr es Pflicht eines jeden Zeugen ist, sein Ausbleiben mindestens während der Verhandlung — am besten jedoch schon vorher — brieflich oder durch einen Boten zu entschuldigen. Wer eine unwahre Tatsache als Entschuldigung vorbringt, um sich seiner Zeugen- oder Sachverständigenpflicht zu entziehen, wird mit Gefängnis bestraft. Ein derartiges Verhalten kann dem Zeugen ebenfalls große Unannehmlichkeiten bereiten; dem Gericht steht es allerdings frei, ein bereits festgesetzte Ordnungsgeld wieder aufzuheben, wenn der Zeuge nachträglich ausreichend entschuldigend eintritt. Ein bloßer Vorwand oder Kopfschmerz ist selbstverständlich kein triftiger Grund, einen Termin als Zeuge zu versäumen. Wie schwer auch ein Angeklagter durch unplanmäßiges Erscheinen vor Gericht seiner Sache Schaden kann, beweist folgender Fall:

Ein Mann hatte gegen einen polizeilichen Strafbefehl Einspruch erhoben. Als er vor dem Schöffengericht nicht zur festgesetzten Zeit zur Stelle war, wurde der Einspruch ohne weiteres verworfen. Am Tage der Mann Berufung ein. Vor dem hiesigen dritten Strafkammer als Berufungsgericht beantragte der Angeklagte die Aufhebung des Strafbefehls. Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Keller erwiderte ihm: „Ihrer Berufung mußte nach dem Gesetz zwar stattgegeben werden, aber wie können und dürfen in der Sache selbst gar nicht verhandelt. Warum lehren Sie denn vor dem Schöffengericht nicht da, als es Ihren Einspruch prüfen wollte?“ — „Ich hätte mich leider verspätet.“ — „Ja, da läßt sich leider nichts machen,“ erklärte ihm der Vorsitzende, „ziehen Sie Ihre Berufung zurück, das ist alles, was ich Ihnen raten kann.“

Der Angeklagte sollte diesem Rat und zog seine Berufung zurück. Wäre es nämlich zu einem zweiten Urteil gekommen, dann hätte er nur noch neue Kosten zu den bereits entstandenen bezahlen müssen. Diese beiden Fälle zeigen so recht, wie sehr sich jeder nur selbst dient und sich vor Schaden schützt, wenn er vor Gericht, gleichviel ob als Zeuge oder Angeklagter, rechtspünktlich erscheint. Wer daran ernstlich verhindert ist, entschuldige sich auf dem schnellsten Wege.

* **Ärzte und Krankenkassen.** Die Wahlordnungen für die Wahl der Ärzte und Krankenkassenvertreter zum Ausschuss für die Auswahl der Ärzte und des Vertragsauslasses liegen für die Beteiligten im Verzeichnungsamt (Perustrasse 28, Zimmer 17) zur Einsicht aus. Die Wahlen zu diesen Ausschüssen werden vorgenommen, sobald das Arztregister angelegt sein wird.

* **Straßenpflanzung.** Die Mehlgasse wird zwischen dem Grundstück 23 und Moednerstraße wegen Asphaltierung vom 18. bis 23. Mai, und die Märkischestraße zwischen Grundstraße und Posener Eisenbahn-Überführung wird wegen Umpflanzung vom 18. bis 30. Mai für Fußverkehr und Reiter gesperrt.

* **Ein Schwindler schuldig fortgesetzt** seit etwa einem Jahre hier und auswärts viele Geschäftsleute dadurch, daß er von ihnen Aufträge zur Lieferung von Stempelkasten mit Inhalt oder nur Stempelbestandteile einammelt, sich eine Anzahlung oder wohl gar den ganzen Betrag vorher abgeben läßt, dann aber spurlos verschwindet, ohne die Ware zu liefern. Auch ist die von ihm angegebene Firma oder Adresse gar nicht vorhanden, eine feste Wohnung hat der Betrüger anscheinend überhaupt nicht, sondern sucht nach Einheimigung der Beträge alsbald andere Städte und Provinzen mit seinen Betrügereien heim. Trotz fleißiger Verfolgung, die sich namentlich auf ganz Deutschland erstreckt, ist es bisher nicht gelungen, des Schwindlers habhaft zu werden.

* **Friederlebe.** Schon wiederholt ist gemeldet worden, daß aus den städtischen Anlagen in Mengen blühender Flieder gestohlen worden ist. In den letzten Tagen wurden gleiche Diebstähle auf verschiedenen Friedhöfen beobachtet. So hatte ein Mann auf dem Friedhof an der Striegauer Chaussee zwei ganze Säcke voll mit abgerissenen Fliederbüscheln gefüllt; als er sich jedoch beobachtet sah, ließ er die Beute im Stich und entfloh. Dagegen ist es gelungen, eine Ehefrau von der Kantstraße dabei zu ertappen, als sie Fliederbüscheln vom Magdalena-Friedhof stahl; sie ist der Polizei übergeben worden.

* **Schwerverbrennung.** In der Kaserne am Bürgerwerder, in der Nähe des Garnisonlazarets, wird ein Einfamilienhaus erbaut. Dort war ein Schloßergeselle auf dem Glasdach beschäftigt. Er zog eine Schraube an; dabei glitt ihm der Schraubenzieher aus, er verlor das Gleichgewicht und stürzte rücklings ab. Der Mann blieb bewußtlos liegen. Samariter der Feuerwehr leisteten ihm die erste Hilfe und schafften ihn ins Inneren des Lazarets, dort wurden eine Gehirnerschütterung und innere Verletzungen festgestellt.

* **Einbruch in ein Rechtsanwaltsbüro.** In der Nacht zum Sonntag ist in das Büro des Rechtsanwalts Wandmann, Neue Graupenstraße 7, eingebrochen worden. Die Eintretter war mit schmerem Eisen ausgebrochen und stark beschädigt. Im Büro hat der Einbrecher überall herumgewühlt, aber bares Geld nicht gefunden. Gestohlen sind für etwa sechs Mark Briefmarken und eine kleine wertlose Standuhr. Ein Versuch, den Geldschrank zu öffnen, ist auch unternommen worden, wie Spuren am Schrank bemerken. Offenbar ist aber der Einbrecher kein gewerbemäßiger Geldschrankklöder gewesen, weshalb er vom Ausbrechen des Geldschrankes ablassen mußte.

* **Schuppenbrand.** Im Eisenwerk Frankfurterstraße 78 entstand am Sonntag früh, kurz vor 4 Uhr, ein Brand in einem Schuppen. Die Sicherung der elektrischen Leitung brannte durch und die hervorbrechende Stichflamme entzündete das Wagnisdach des Schuppens. Die Feuerwehr war schnell zur Stelle und löschte mit einem Schlauchgang das Feuer in wenigen Minuten, sodas nur eine 1 Quadratmeter große Fläche des Daches zerstört worden ist.

* **Verhinderung einer elektrischen Leitung.** Am Sonnabend nachmittag gegen 2 Uhr zerstörte der den Umgehungsstapel polsterende Dampf „Rax“ mit seinem Schornstein eine über den Kanal gespannte Freileitung, die zur Entnahme von elektrischem Strom für die städtische Baustelle des Rosenthaler Nadelwerkes dient. Obwohl ein starker Wind am Schornstein herunterfuhr, scheint der Dampf keinerlei Schaden erlitten zu haben, denn er legte keine Fahrt ohne Unterbrechung fort.

* **In eine Wohnung geschossen.** In der Nacht zum Freitag ist ein Schuß in die Wohnung eines Agenten auf dem Weiskensersburgerplatz abgegeben worden. Der Schuß hat die Scheibe des Fensters zertrümmert; Menschen wurden nicht verletzt. **Verloren** wurde am Sonntag auf dem Wege von der Weiskensersstraße nach Wasserwerk eine Jagdrevolver-Ausweiskarte mit Bleihölzchen. Der Finder wird ersucht, beides in der Redaktion der „Volksmacht“ abzugeben.

Kleine Breslauer Nachrichten.

Zusammenstoß zweier Straßenbahnzüge. Am Sonntag nachmittag stießen auf der Tauenzienstraße, Ecke Brüderstraße, zwei Straßenbahnzüge der städtischen Gesellschaften und der Größener Straßenbahn zusammen. Der Zug der städtischen Straßenbahn stieß auf den vor ihm herfahrenden Zug der Größener Straßenbahn auf, als dieser an der Weiche Ecke Tauenzienstraße hielt und nicht wie der Wagenführer des städtischen Straßenbahnzuges vermutete, nach Tschansch abbogen. Im Anstoßwagen des städtischen Zuges ist nur ein Vuffler etwas verbogen worden. Menschen erlitten keinerlei Schaden.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Schottwig. Einen schönen Sieg haben wir bei der Gemeindevahl am Sonnabend erfochten. In der dritten Abteilung bekam Genosse Quellenberger die überwiegende Mehrheit. Ferner stimmten die Arbeiter für den Vessier Kern, weil sie keinen Eigentümer haben. In der zweiten Klasse siegte zum ersten Male unser Genosse August Laube. In der ersten wurde der Gastwirt Zedler „gewählt“. — Also wieder einen Schritt vorwärts!

Mathen. Aus der Gemeindevorsteherwahl. Seit mehreren Jahren ist die Gemeinde Saara in den Schulverband Deutsch-Lissa einverleibt, das dortige Vorwerk jedoch nicht. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Die Kinder müssen den drei Kilometer langen Weg nach Lentzen alle Tage zurücklegen. Der Kreisausschuß wünscht, daß dieses Vorwerk deutsch-Lissa eingegliedert wird. Die Gemeindevorstellung hat nicht gegen den Antrag eingewandt. Ein jährlicher Beitrag von 50 Mk. wurde bemittelt für die in Hermannsdorf nationalisierte Krankenstation. Sie kann bei schweren Krankheitsfällen in Ansbach genommen werden. Der Rentier Hippo aus Deutsch-Lissa hat ein Grundstück von Kammerherren von Rippenhausen erworben, und stellt an die Gemeinde den Antrag, die Lindenallee in Klein-Weidau zur Anfuhr von Baumaterialien benutzen zu können. Die Angelegenheit wurde einer viergliedrigen Kommission überwiesen. Die Wertwachsteuer vom Grundstück des Herrn Scholz, Klein-Weidau, wurde in den Haushaltsetel zur Bestreitung allgemeiner Ausgaben mit aufgenommen. Der Einspruch gegen die letzte Gemeindevorsteherwahl wurde zurückgezogen. Den Höhepunkt der Störung bildete eine Ausrede über die geplante Pflasterung der Mathener Dorfstraße und des Weges vom evangelischen Friedhofe bis durch Klein-Weidau. Das ist sehr wünschenswert. Die Pflasterung hätte uns etwa 100 000 Mark gekostet. Da gibt der Kreis 50 Prozent. Auch der Gutspächter hätte einen beträchtlichen Teil dazu beigesteuert, jedoch uns die ganze Sache jährlich etwa 40 Prozent Zuschlag zu unserer jetzigen Steuer, (wir bezahlen 110 Prozent) also Summa 150 Prozent gekostet hätte. Das hätten wir schon aufbringen können, müssen doch andere Gemeinden ganz andere Lasten tragen. Aber wenn zum Bezahlen kommt, da sind unsere Vorkassebesitzer nicht zu haben. Beim Geldbeutel hört bekanntlich bei diesen Herren die Gemütslichkeit auf.

Opperau. Aus der Gemeinde. In der am 14. Mai 1914 abgehaltenen Sitzung der Gemeinde-Vorsteher wurden die neuergewählten Vertreter: Israelmeister Speer und der Maurer Schönfeld durch Handschlag vom Gemeindevorsteher verpflichtet. Die Einnahmen der Gemeinde vom Jahre 1913 betragen 16 000 Mark die Ausgaben 12 000 Mark. Es bleibt demnach ein Bestand von 4000 Mark. Die Abrechnung der Kirchhofskasse wurde auf die nächste Tagesordnung gesetzt. Bisher wurde jede Veräußerung von Wohnung zu Wohnung gemacht. Dies fällt in Zukunft fort, es wird ein 2. Auswahlgang am 1. Juni im Rahmen Willensgrundstück angebracht. Dieser Beschluß fand einstimmige Annahme. Die Loh- und Fischerei wurde dem Arbeiter Fritz Brechmann zugesprochen. In Anbetracht der guten Verhältnisse wurde angeregt, die linke Seite des Kirchhofes mit Bäumen zu bepflanzen. Da ist es wohl nicht ganz unangebracht, an die seit Jahren mangelhafte Beleuchtung in unserm Orte zu erinnern. Der ortsübliche Steuerzuschlag wurde von 200 Prozent auf 190 Prozent herabgesetzt.

Herrnprotisch. Beleuchtung des Weges zum Bahnhof. Der Weg vom Bahnhof Herrnprotisch bis zum Wohnhausübergang ist bei Dunkelheit nur mäßig, von da an zum Pflegerhaus überhaupt nicht beleuchtet. Unter diesen Umständen wird es sowohl den beurlaubten Insassen, die entweder zur Bahn gehen oder in die Anstalt zurückkehren und von denen fast sämtliche körperlich und geistig geschwächt sind, wie auch den die Pflegerlinge besuchenden Angehörigen und Bekannten recht schwer, sich zurechtzufinden. Daß alle diese Leute Unglücksfällen in hohem Maße ausgesetzt sind, liegt auf der Hand. Die Gefahr steigert sich besonders noch bei Regenwetter, weil dann neben der Dunkelheit auch der aufgeweichte Boden Hindernisse bietet. Die fragliche Wegstrecke ist öffentlich. Die Gemeinde Herrnprotisch würde aber einem etwaigen Ersuchen um Beleuchtung des Weges nicht entsprechen, weil für sie dazu keine Verpflichtung besteht. Der Breslauer Magistrat will deshalb auf dem Gelände der Anstalt fünf Stück fünfzigfüßrige Ökranlampen zur Beleuchtung des Weges während der Ankunft und Abfahrt der Eisenbahnzüge aufstellen lassen. Die Kosten betragen 460 Mark.

Dawig. Vom Auto überfahren wurde am Sonnabend in der Nähe des Döringischen Gasthofes der Arbeiter Karl Grabolle, der beim Kanalbau beschäftigt ist. Er trug Knöchelbruch davon, erhielt von herbeigerufenen Samaritern der Feuerwehr einen Nothverband und wurde in das Krankenhaus der Warmherzigen Brüder geschafft.

Tschansch. Das Messer. Am Sonntag früh gegen 8 Uhr wurden Samariter der Feuerwehr nach Kolketzscham gerufen, um einem Arbeiter aus Tschansch Hilfe zu leisten, der eine schwere Kopfwunde durch einen Messerstoß davongetragen hatte. Er war Teilnehmer an dem Auszuge eines Tschanschener Gesangsvereins, bei dem sich eine Schlägerei entwickelte, die schließlich in Messerstecherei ausartete. Der Verletzte wurde nach Anlegung eines Verbandes nach dem Krankenhaus Bethanten geschafft.

Krankheitsbericht aus dem Landkreis Breslau. In der Woche vom 3. bis 9. Mai erkrankten an Diphtherie: in Hermannsdorf und Brodau je eine Person; an Unterleibsruhr: in Gutschwig eine Person; an Körnerkrankheit: in Groß-Wohbern eine Person; an Scharlach: in Neukirch eine Person. Es starben an Lungen- und Kehlkopfentzündung: in Groß-Tschansch, Schiedlagwitz, Herrnprotisch (Pflegershaus) und Petersdorf je eine Person.

Breslauer Schauspielhaus.

Zum 1. Male: „Wie einst im Mai“. Große Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Rudolf Bernauer und Rudolf Schanzer, Musik von Walter Kolz und Willy Bräsigneider.

Kapellmeister: Peister, **Regie:** Direktor Kunstadt, **Ballettmeister:** Sigmund, **Kostüme:** von Albert Schödlitz, **Hüte:** von Gräber u. Co. **Uff!** So viele Menschen sind ja nicht einmal im „Casino“ beschäftigt! Diese Nobilität reißt sich den übrigen Sünder ähnlichen Schläges würdig an. Ein dürstiger roter Faden — so eine Art von Fies — läuft durch diese lose Anknüpfung von Szenen und Bildern, viel schondriger Berliner Witz ist verschwendet, hin und wieder tauchen gelbbillige Einfälle auf (diese sind sämtlich von Schanzer, der ausnahmsweise nicht aus Berlin, sondern aus einer Gegend stammt, in der die meisten Einwohner noch recht nach links schreiben und im Talmud besser Bescheid wissen, wie unfernerer im Säufer und Gossel).

Die Mühl melbet nach Möglichkeit das Banale, ohne sich über ein anständiges Mittelmaß zu erheben und war schon populär, lange bevor die Posse selbst herberkam, jedoch das Publikum die Zwischenschnittmusik ohne jede Honorarforderung feigly mit Angt: Cafe Cantant-Musik.

Von den Darstellern wird recht viel beanprucht. Sie sollen aus den Marionetten, die die Verfasser mit sorgfältiger Oberflächlichkeit hazyert haben, Menschen mit Fleisch und Blut machen, sie müssen außerordentlich wandlungsfähig sein und doch ihren Figuren einen gewissen charakteristischen Grundzug verleihen. Denn manche spielen in den besten Bildern die Nachkommen derer, die sie in den ersten Akten verkörperten. Freilich schien es in den ersten Szenen, die bedenklich heruntergeleitet wurden, als ob man es mit Schauspieler dritten Ranges zu tun hätte, aber bald änderte sich das Bild und man muß bedauern, daß einige der Mitwirkenden in dem letzten Jahrvorwerk der Posse-Doppelte wandeln müssen, während sie erstklassig strebenden Bühne zur Fierde erreichen können. Außer Maria Werber, die ihr großes schauspielerisches Talent in den Dienst dieses Stückes gestellt hat, sind an dem großen Erfolge, den die Posse am Sonnabend vor ausverkauften Hause erzielte, hervorragend beteiligt: Adolf Schröder, dessen Debüt am Schluß wahrer Pachtalben auslöste und der ein virtuöser Tänzer ist, ferner Paul Ludwig, ein vorzüglicher Damenkomiker und Staby Greder, die ich schon in einer früheren Saison als komische Akte gesehen zu haben glaube. Ein beachtenswertes, junges Talent sieht man Greder zu sein, die in einer kleineren Rolle außerordentlich anmütig wirkte. Von den zahlreichen musikalischen Schlägern wurden viele zur Wiederholung geordert, aber nur wenige genährt, darunter ein origineller „Sahneanz“, ein grotesker „Schieber“ und ein ungläublich klüdes „Ball“-Tanz. In den Musikstücken konnten sich wiederholt die Hauptdarsteller neben den seitenden Faktoren benehigen. Es hätte mich gar nicht gewundert, wenn auch die Helfer: derjenigen Posseautoren erschienen wären, die so zahlreich zitiert wurden. S. M.

Sport- und Körperpflege.

Arbeiterportier merkt Ihr es nicht?

Der Breslauer Stadtverband für Schwerathletik veranstaltet Lehrkurse im griechisch-römischen Ringkampf unter Leitung des Olympia-Trainers P. Weber, um für die Olympiade geeignete Kämpfer und Kampfrichter heranzubilden. Die Einschreibgebühr beträgt nur für Arbeiter und Handwerker 3 Mk., städtische Lehrer und Militärvorposten erhalten den Unterricht frei. Die Veranstalter scheinen von der schlechten wirtschaftlichen Konjunktur nicht zu wissen, sonst hätten sie mindestens den Lehrern und Chargierten keine Extrawurst gebraten.

Klassenegenossen! Sonntag mittag habt Ihr einen wichtigen Protest erhoben gegen eure Rechtsmachtung im Volksgesundheits- und Klassenstaat. Jetzt ist es an der Zeit, zu zeigen, daß Ihr es ernst meint mit euren Protesten. Trete daher aus den bürgerlichen, dem Klassenstaat voll und ganz angepassten Abteilungs- und Sportvereinen aus und hinein in die Arbeiterportiervereine. Auskunft bereitwilligst durch Richard Pahn, Weistafelstraße 18.

Schlesien und Posen.

Zum Provinzial-Parteitag in Posen.

Wir eruchen die Genossen unserer Parteiorganisationen, umgehend die Namen und Adressen der gemählten Delegierten, soweit dies noch nicht geschehen, an uns einfinden zu wollen, damit wir den Delegierten das Material und die Mandate zusenden können.

Mit Parteigrüß

Der Bezirksvorstand.
J. A.: Th. Partwig.

Beuthen O.S., 18. Mai. Obereschlesischer Kulturmeser. Die am Donnerstag geschlossene vierte Schwurgerichtsperiode umfaßte acht Verhandlungstage mit 11 Strafsachen, an denen 16 Angeklagte beteiligt waren. Darunter waren drei Fälle von Raub gegen acht Angeklagte, dann zweimal Körperverletzung mit Todeserfolg, ein verurteilter Totschlag, drei Sittlichkeitsverbrechen, ein Münzverbrechen und ein Meineid. Eine Sache wurde vertagt, freigesprochen wurden drei Angeklagte. Gegen die übrigen 13 Angeklagten wurden insgesamt 42 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre ein Monat Gefängnis verhängt. Die gesamte hohe Zuchthausstrafe entfällt allein auf den letzten Verhandlungstag gegen die drei Straßenräuber.

Beuthen O.S., 18. Mai. Ueber eine interessante Oberlehrer-Versetzung schreibt der „Kurier“: „Unlängst wurde ein Oberlehrer aus Keisse an das Gymnasium nach Tarnowitz versetzt. Weil er keine passende Wohnung zu finden vermochte, ließ er sich dies von der Polizei bescheinigen und sandte die Bescheinigung an das Provinzialschulkollegium nach Breslau ein. Von dort bekam er daraufhin eine Versetzung an das Gymnasium nach Beuthen. Aus diesem Grunde mußte ein Oberlehrer vom letzten Gymnasium wieder nach Tarnowitz versetzt werden. Diesen erteilte auf der Wohnungssuche das selbe Schulamt. Er beschaffte sich hierüber ebenfalls eine polizeiliche Bescheinigung und schickte sie an das Provinzialschulkollegium ab. Nun erfolgte seine Versetzung an das Gymnasium nach Zabrze. Auch dort fand er keine passende Wohnung und die Polizei gab ihm hierüber eine Bescheinigung. Jetzt ist ihm eine Oberlehrerstelle am Gymnasium zu Katowitz angetragen worden. Seine Bemühungen, dort eine Wohnung zu finden, sollen ebenfalls vergeblich gewesen sein. Da die ortsüblichen Fahrten von Beuthen nach Katowitz umständlich und mit Diäten verbunden seien, beschloß das Provinzialschulkollegium aus diesem Grunde die — Beurlaubung des Oberlehrers!“ — Mangel an Gymnasial-Belehrten kann nach diesem Vorgang, vorausgesetzt, die Werbung des „Kurier“ stimmt, nicht vorhanden sein. Wenn es doch bei den Volksschulen auch so wäre, oder wenn man das Entgegenkommen bei nicht passenden Wohnungen auch den unteren Beamten gegenüber zeigen würde. Dort heißt es aber: Friß Vogel oder stirb!

Wettwig, 18. Mai. Vom Spiel in den Tod! Ueberfahren wurde am Freitag Vormittag gegen 11 1/2 Uhr der fünfjährige Sohn der Witwe Cohn. Der kleine Friedel Cohn lief quer über die Straße direkt in das langsam heran kommende Gefährt der hiesigen Filiale der Breslauer Paktfabrik-Gesellschaft. Das Gattelferd trat das Kind zweimal in Brust und Unterleib. Sodann gingen beide Räder des schweren Wagens, der beinahe voll beladen war, über den unglücklichen Knaben hinweg. Hilfsbereite Hände hoben den bestmöglichen und heftig blutenden Knaben auf und trugen ihn schleunigst in die in der Nähe befindliche Klinik von Dr. Guffschmidt. Dieser erkannte sofort die Schwere der Verletzungen und ordnete nach Anlegung von Nothverbänden die sofortige Ueberführung des Verunglückten in das städtische Krankenhaus an. Dort ist der Knabe unter den Händen der Ärzte bald seiner Einkerbung seinen unbedingten tödlichen Verletzungen erlegen. Der noch nicht fünfjährige Knabe hatte frühlich singend die Reikmannsche Spielkugel im Gebäude der Augustaschule verlassen und war, wie Augenzeugen betunden, in östlicher Ausgegessenheit direkt in das Gefährt, das nicht übermäßig schnell gefahren sein soll, hineingelaufen.

Opperau, 15. Mai. Fünfsacher Unterschied. Ein neue Submissionsliste lieferte die Ausschreibung für die Aufsichtung der Entwässerungsarbeiten in Polabno bei Opperau. Das niedrigste Angebot betrug 16 270 Mark, das höchste 90 847 Mark, so daß der Unterschied etwa das Fünfsache des niedrigsten Angebots beträgt.

Bognitzsch-Jahodzie, 14. Mai. Bergmannslos. Auf der Vierhundertmeter-Tiefe der Ferdinandsgrube verunglückte der Däner Zojki aus Karbowa zu Tode. Er wurde infolge Vollerbruchs verschüttet und erschlagen. Er hinterläßt eine Witwe mit Kindern. — Verschüttet wurde auf der Hedwigsgrube der Däner Dronia aus Schomberg. Er konnte zwar noch lebend geborgen werden, aber seine Verletzungen sind lebensgefährlich.

Laurahütte, 14. Mai. Schwere Unfall in der Düfte. In der Verzinkeret der hiesigen Hütte ereignete sich ein Unglücksfall, bei dem drei Arbeiter erheblich verletzt wurden. Sie waren mit dem Verladen von Zinkplatten beschäftigt, als einige von diesen Platten von dem Wagen herunterfielen und die Arbeiter trafen, wobei die gefährliche äußerliche und innerliche Verletzungen davontugan. Einem von den Verletzten wurde der Brustkasten eingedrückt, sodas an seinem Auskommen gezweifelt wird. Alle drei Verunglückten wurden in das Lazarett überführt.

Neueste Nachrichten.

Sozialdemokratische Siege

bei den Gemeindevorwahlen in Elbisch-Lothringen.

Strasburg, 18. Mai. In Elbisch-Lothringen fanden gestern die Gemeindevorwahlen statt, die in Strasburg und Müllhausen den Sieg der Sozialdemokraten ergaben. In Müllhausen besonders ist der Sieg der Sozialdemokraten ein vollständiger. Sie haben von den 36 Sitzen bereits 17 erhalten. Der Ausfall der Nachwahlen hängt gleichfalls von ihnen ab. In Strasburg sind 9 Sozialdemokraten im 1. Wahlgang gewählt worden. Für die übrigen Sitze wird am nächsten Sonntag Stichwahl stattfinden. In Colmar war seit Wochen von fortschrittlicher Seite ein erbitterter Kampf gegen den Bürgermeister von Colmar und früheren Abgeordneten Blumenthal geführt worden. Der Sieg der Koalition gegen Blumenthal ist ein vollständiger. In Colmar sind im ersten Wahlgang gewählt worden 11 Kandidaten des Linksblocks und 1 Zentrumskandidat. Bürgermeisterei Blumenthal erhielt 2520 Stimmen, während die absolute Majorität 2966 beträgt.

Liebnecht gegen General Lindenau.

Berlin, 17. Mai. Der „Vorwärts“ bringt heute einen Leitartikel mit der Ueberschrift: „Veinache Kriegsminister und sonst noch was“. Als Verfasser zeichnet der Abgeordnete Karl Liebnecht.

In dem Artikel wird den löbenden Nachrufen, die dem verstorbenen Generalleutnant v. Lindenau in dem Velleidsgramm des Kaisers und in den Nachrufen der bürgerlichen Presse zuteil geworden sind, die Tatsache gegenübergestellt, daß beim Amtsgericht zu Trier über den Nachlaß des Generals Konkurs verhängt worden ist. Ueber hundert Gläubiger seien vorhanden, und die Schuldenlast betrage sich auf ungefähre 1 1/2 Millionen Mark, wobei Beträge von 7 Mark bis 150 000 Mark in Frage kommen. Des weiteren veröffentlicht Liebnecht ein Dokument, aus dem hervorgeht, daß der General bereit war, gegen eine bestimmte Summe einen Titel eines Professors der Medizin zu vermitteln.

Zwanzig Personen nach dem Genuß von Hadsfleisch erkrankt.

Berlin, 18. Mai. Im Stibosten der Stadt sind etwa zwanzig Personen, Männer, Frauen und Kinder, unter schweren Vergiftungserscheinungen erkrankt. Als Ursache wird der Genuß von Schabefleisch angegeben, das von einem und demselben Schlächter gekauft worden ist, dessen Fleisch bisher noch nie zu einem Tadel Anlaß gegeben hat. Der Schlächter gibt an, daß er von einem Teil des gefassten 1/2-Rindes Schabefleisch angefertigt habe, daß ihm aber bei der Zubereitung nichts aufgefallen sei.

Gestrandeter Dampfer.

London, 18. Mai. Der schwedische Dampfer „Kalyso“ ist auf der Fahrt nach Gotenburg gestern früh an der Mündung des Humbertflusses auf die Riffe von Spurnhead aufgelaufen. 150 Passagiere mußten vermittelst der Raketen- und Rettungsbojen an Land gebracht werden. Das schwierige Rettungswerk verlief trotz schwerer See sowie stürmischen Wetters und starken Nebels ohne jede Panik. Die „Kalyso“ konnte bisher noch nicht flott gemacht werden, jedoch befindet sich der Dampfer in keiner gefährlichen Lage.

Fünf Arbeiter von einem abstürzenden Felsblock begraben.

New York, 18. Mai. Ein schwerer Unglücksfall hat sich am Sonnabend in einem Steinbruch in der Nähe New Yorks zugetragen. Ein ungeheurer Block, an dem auch nicht der geringste Riß wahrzunehmen war, stürzte plötzlich hinab und begrub eine aus fünf Köpfen bestehende Arbeiterabteilung unter sich. Drei der Arbeiter waren auf der Stelle tot, die beiden anderen wurden mit schweren Verletzungen unter den Felsentrümmern hervorgezogen.

Zwei Jahre Gefängnis und eine halbe Million Dollars Geldstrafe.

New York, 18. Mai. Der Margarinekönig John Felt ist nach längerer Verhandlung von der Strafkammer in Chicago wegen Zollhinterziehung und falscher Steuererklärung zu zwei Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von einer halben Million verurteilt worden.

Höhenretford eines Zeppelin-Luftschiffes. Das neue Militär-Luftschiff „L. 8“ in Friedriehshafen unternahm am Sonnabend früh 8 Uhr eine 1/2-tägige Höhenfahrt und erreichte dabei eine Höhe von 3125 Metern, das ist die höchste bisher von einem Luftschiff erreichte Höhe. Die Befahrung betrug einschließlich der Marineabnahmekommission 17 Personen.

Bestfälle in Südrugland. Die Pestepidemie in Dalu hat weiter um sich gegriffen. In den letzten Tagen wurden acht neue Bestfälle konstatiert, von denen bereits mehrere einen tödlichen Verlauf nahmen. Als erforderlichen sanitären Maßnahmen sind von den Gesundheitsbehörden getroffen worden, um ein Umschlagen der Epidemie nach Möglichkeit zu verhindern.

Für wenig Bemittelte

und Krankenklassen - Behandlung mit schmerzstillenden Mitteln. Richten (Schiefstehender, Wiederbefestigung loserer Zähne, Zahn-erhalt ohne Platte, Plomben zu Amalpreisen. 1882. **Neudorfstraße 35, I., 8-10 Zahn-Dr. Kuno Walter.** **Privatpraxis: Zwingerplatz 1, 10-12 und 3-5. Tel. 7087** 1. B. 8.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12-1 Uhr mittags... Briefliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.

Berufungen und Vereine.

Montag, den 18. Mai: Frauenabend des Sozialdemokratischen Vereins in folgenden Lokalen:

- Japanischer Garten, Friederichstraße 49, Helbig, Leutenichstraße 12/14, Herrig, Weinstraße 6, Fischer, Michelsstraße 20, Gewerkschaftshaus, Zimmer 11, Genscher, Lindenstraße 50, Tammann, Wendischstraße 65.

Holzarbeiter (Telefonverammlung) abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Schneiderverband, Abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

Jahres-Sozialdemokratischer Verein, Dienstag abends 8 Uhr im „Adler“.

Table with 2 columns: Item and Price. Includes items like Bäckerei, Obst, and other goods with their respective prices.

Preis für 100 Kilogramm... Bäckerei, Obst, etc. with prices.

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Table with 10 columns: Station, Water level, etc. for various stations along the Oder river.

Wetternachrichten der Universitäts-Sternwarte.

Table with 7 columns: Date, Wind, Clouds, etc. for weather reports from the University Observatory.

4. Preussisch-Süddeutsche

(230. Königl. Preuss. Klassenlotterie 5. Klasse 8. Ziehungstag 16. Mai 1914 Vormittag)

Bei jeder gezogenen Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die beide gleicher Nummer in den beiden Abteilungen u. s. w.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr u. S. u. f. B.) (Nachdruck verboten)

Large table of lottery numbers for the 4th Prussian-South German lottery, Class 5, 1914.

4. Preussisch-Süddeutsche

(230. Königl. Preuss. Klassenlotterie 5. Klasse 8. Ziehungstag 16. Mai 1914 Nachmittag)

Bei jeder gezogenen Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die beide gleicher Nummer in den beiden Abteilungen u. s. w.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr u. S. u. f. B.) (Nachdruck verboten)

Large table of lottery numbers for the 4th Prussian-South German lottery, Class 5, 1914 (continued).

Am 16. Mai verschied nach langem Leiden unser Freund, unser Genosse, der Kaufmann Emil Malaskiewitz im Alter von 51 Jahren.

Am 13. Mai verschied nach langem Leiden unser Freund und Genosse, der Kaufmann Emil Malaskiewitz im Alter von 51 Jahren.

Am 15. Mai starb unser Mitglied, Genosse Gustav Habich im Alter von 62 Jahren.

Am 15. Mai entzitt uns der Tod unser Mitglied, den Geschäftsmann Gustav Habich im Alter von 62 Jahren.

Am 15. d. Mts. verstarb unser Mitglied, der Schlosser Verspätet! im Alter von 28 Jahren.

Am 15. d. Mts. verstarb unser Mitglied, der Schlosser Gustav Merforth im Alter von 28 Jahren.

Am 16. d. Mts., früh 4 Uhr, verschied nach langen schweren Leiden mein Innigstgeliebter Mann, unser trauernder Vater und Schwiegervater, der frühere Brauergeselle Ernst Machill im Alter von 80 Jahren.

Am 15. d. Mts., nachm. 2 1/2 Uhr, verschied nach kurzem, schwerem Leiden meine liebe Gattin und unsere gute Mutter, Frau Emma Rothkugel geb. Flechtner im Alter von 36 Jahren.

Am 15. d. Mts., nachm. 2 1/2 Uhr, verschied nach kurzem, schwerem Leiden meine liebe Gattin und unsere gute Mutter, Frau Emma Rothkugel geb. Flechtner im Alter von 36 Jahren.

Am 15. d. Mts. verstarb unser Mitglied, der Schlosser Verspätet! im Alter von 28 Jahren.

Am 15. d. Mts. verstarb unser Mitglied, der Schlosser Gustav Merforth im Alter von 28 Jahren.

Large table of lottery numbers for the 4th Prussian-South German lottery, Class 5, 1914 (continued).

Deutscher Reichstag.

260. Sitzung, Sonnabend, den 16. Mai, vormittags 10 Uhr.

Im Bundesratsitz: Dr. Delbrück.
Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Etats des Reichstags.

Zwei Resolutionen Wassermann (Natl.) und Genossen über freie Eisenbahnfahrt für die Abgeordneten während der Legislaturperiode und die Einsetzung einer besonderen Kommission für Handel und Gewerbe.

Eine Resolution Behrens (Wirtsch. Vag.) verlangt die Einsetzung einer Kommission für Sozialpolitik und Arbeiterangelegenheiten.

Abg. Ledebour (Soz.):

Der Etat des Reichstages gibt uns Gelegenheit, über die zweite Art der Erledigung der Reichstagsgeschäfte zu sprechen. Die Unmöglichkeit, den Etat rechtzeitig zu verabschieden, und den Zeitverlust durch die Verabschiedung des Etats, wächst sich von Jahr zu Jahr mehr zu einer wahren Katastrophe aus. Die Heberwindung ist keine Parteifrage. Alle Parteien des Hauses haben ein Interesse daran.

Die Arbeitsfähigkeit des Reichstages

Die Effektivität seiner Geschäftsführung zu erhöhen. Wir sehen in dieser Beziehung ja gewisse Fortschritte durch Einführung der neuen Anträge und dergleichen erreicht, aber das Beweismittel für die Arbeitsfähigkeit des Reichstages in parlamentarischer Weise ein. Seine Bestimmung, daß die erste Diäteneröffnung am 1. Dezember und die letzte vor der Schlussrate am 1. April erfolgt, hat zur Folge, daß der Reichstag fast nie vor dem Ende der Legislaturperiode einberufen wird, und daß im Quadrat der Entfernung vom 1. April der Fortschritt immer stärker wird, bis er Ende Mai eine unüberwindliche Kraft erreicht. Dadurch wird die Dispositionsfreiheit des Reichstages in der Erledigung seiner Geschäfte vollkommen aufgehoben. Erweist es sich einmal als ganz unmöglich, die Arbeiten in der genannten Zeit zu erledigen, dann muß ein besonderes Diätengesetz für den Einzelfall den Reichstag zusammenzubringen. Das ist schon vorgekommen und kann jeden Tag wieder vorkommen, und ist schon an sich ein genügender Beweis, daß das Diätengesetz unrichtig formuliert und nicht genügend elastisch ist. Die Reichstagsarbeit wird durch die wirtschaftliche Entwicklung und Deutschlands Vornehmheit in weltpolitische und kolonialpolitische Fragen naturgemäß von Jahr zu Jahr umfangreicher. Aber trotz des Diätengesetzes fehlt die Möglichkeit, den zunehmenden Beratungsstoff vernunftgemäß einzuteilen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das Diätengesetz wirkt auf eine Verkürzung der Zahl der Arbeitstage und eine Verlängerung der Arbeitsstunden hin. Vor dem Diätengesetz war eine Plenarsitzung von mehr als fünf Stunden Dauer eine außerordentliche Seltenheit, jetzt wächst die Sitzungsdauer von Session zu Session. Dabei sind

3 Stunden Plenarsitzung

kommen hinreichend für den, der wirklich an der Reichstagsarbeit teilnimmt, besonders wenn er vorher drei Stunden Kommissionsarbeit gehabt hat. In der Kommission kann man sich unendlich der Arbeit so entziehen wie im Plenarsitzungsraum, wo überall Gruppen umherziehen und sich unterhalten und aufpassen. Das ist die richtige Zeit für das Mittagessen nicht verpassen. (Lebhaftes Gelächter.) Nicht Stunden Sitzungsarbeit ist das höchste, was der Reichstag leisten kann. (Sehr wahr!) Diese Zeitdauer wird jetzt fortgesetzt unabweisbar überschritten. Namentlich gegen Ende der Session oder des Sessionabschnittes wird zusammengepresst und durchgepeitscht, was noch irgend hindurchgehen muß. Für die ganze dritte Session sollen wir diesmal einen Tag haben. (Leb. hört, hört! b. d. Soz.) In einem früheren Jahre haben in der dritten Sitzung bei der Generaldebatte die bürgerlichen Parteien in wunderbarer Enthaltensart nicht das Wort ergriffen. Dabei soll die dritte Sitzungsperiode das Gesamtergebnis der Sitzungsberatungen der Beratung geben und die politischen Konsequenzen daraus ableiten. Der Abgeordnete muß ja nicht nur hier seine Stunden abgeben, sondern sich doch auch auf die Sitzungen vorbereiten. Das sollte unüberwindliches Gesetz sein, daß nach 6 Uhr abends der Reichstag nicht mehr verhandelt wird. (Vielfache Zustimmung.) Plus Rücksicht auf die Abgeordneten, aus Rücksicht auf die Beamten und aus Rücksicht auf die Presse. (Sehr wahr!) Die Reichstagsbeamten haben jetzt vielfach einen zwölfstündigen Arbeitstag. Auch die Pressevertreter können nicht einfach davonlaufen, wie wir Abgeordnete, sondern müssen dauernd an dem Posten sein. Dabei ist ihr Amt an sich aufreibend und schwierig genug. (Sehr wahr!) Ich habe mit Freude gehört, daß die Herren von der Presse bereits den Beschluß gefaßt haben, diese

Ueberbürdung künftig von sich abzuwehren. Die Schuld an allen diesen Missetaten trägt in erster Linie das Diätengesetz. Die Einführung von Tagesdiäten würde dem Reichstag volle Dispositionsfreiheit geben. Zugleich mit der Verringerung des Diätengesetzes müßte die Regulierung ihrer Praxis ändern, und die Reichstagsarbeiten und Denkschriften erst im letzten Augenblick ausstellen. Noch vor der Budgetberatung könnten eine ganze Reihe von Gesetzen verabschiedet werden, unter denen ich der Sessionschluss ein Beispiel wie beim bismarckischen Reichstag voranstellt. (Sehr wahr!) Gegenwärtig weiß der Reichstag nicht, was heute und was morgen geschieht, und die Abgeordneten wissen es erst recht nicht. Jede Möglichkeit des Disponierens hat ausgeht. (Sehr wahr!) Wir sollten alle zusammenarbeiten, um im Interesse des Reichstages, der Abgeordneten, der Beamten, der Presse und unseres ganzen politischen Lebens mit Beginn der nächsten Session eine gründliche Verbesserung dieser Zustände herbeizuführen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Thoma (Natl.) tritt für eine Verringerung der Reichstagsdiäten ein.

Präsident Stämpf: Folgendes Bescheid von den Stenographen ist mir nicht zugegangen.

Abg. Loh (Natl.): Das Ideal Ledebours, eines parlamentarischen Richtungsmaßstabes mit dreifachiger Kommission und fünfständiger Plenarsitzung wird bei der Fassung des Arbeitsgesetzes nur schwer durchführbar sein. In der ungünstigen Weisungslage trägt aber auch

Das große Arbeitsbedürfnis

schuld. (Weiter! und Just.) Wenigstens sollte für ein gutes Essen gesorgt werden. (Zust. und st. m. Weiter!) — Der Redner bekräftigt dann die Resolution auf Bewährung von Freifahrtkarten während der ganzen Dauer der Legislaturperiode. Es ist von größtem Werte, daß die Abgeordneten möglichst viele Teile des deutschen Vaterlandes aus eigener Anschauung kennen lernen.

Abg. Gröber (Zentr.): Den Antrag auf Ausdehnung der Freifahrtkarten nehmen wir am besten ohne jede Debatte an. (Zustimmung.) Das Diätengesetz hat keinen Zweck, einen beschleunigten Reichstag herzustellen, erreicht. Die Behandlung, die dem Reichstag von der Regierung zuteil wird, ist wahrlich nicht schön. (Leb. Zustimmung.) Noch heute wissen wir nicht, ob der Reichstag vertagt oder geschlossen wird. (Sehr wahr!) Der Reichstag sollte auch früher einberufen werden, damit vor dem Etat noch andere Gesetze beraten werden. Es mag dann erwogen werden, ob dadurch eine Verringerung des Diätengesetzes bedingt wird.

Abg. Dr. Müller-Meiningen: In der schlechten Vermögenslage ist einmal

Das Verhalten der Regierung

schuld und ferner das Diätengesetz mit seiner verfehlten Monate-einteilung. Auf die Dauer kann nicht so fortgewartet werden wie bisher. Es ist geradezu unerhörte, daß die Regierung noch bis zuletzt mit großen Vorzügen kommt, und uns dabei im Unklaren läßt, ob geschlossen oder vertagt werden wird. (Lebhaftes Zustimmung.)

Abg. Frommer (sonst.): In unserer Fraktion sind die Meinungen in Bezug auf die Bewährung unbeschränkter Freifahrtkarten geteilt.

Abg. Koch (Soz.): Die Rücksichtnahme der Regierung zum Schluss der Session nach mit neuen Vorlagen zu kommen und darauf zu bestehen, daß der Reichstag dann in seiner Arbeitszeit manches mit durchschlüpfen läßt, wird nicht eher überwunden werden als bis der Reichstag die nicht rechtzeitig eingebrachten Vorlagen unverzögert zurückschickt. Mit der ewigen Rücksichtnahme kommen wir nicht weiter. (Sehr wahr! ins.) Die Klagen über die zu langen Reden bringen uns auch nicht vorwärts. Die Meinungen darüber, wer zulange redet, gehen ja doch immer auseinander, jeder hält seine Rede für unbedingt notwendig. (Weiterkeit und Zustimmung.) Wessen kann dem Reichstag nur eine Reform des Diätengesetzes und eine größere Rücksichtnahme der Regierung. Den Wünschen für die Stenographen schließen wir uns an, bitten den Präsidenten aber, seine Fürsorge auch den unteren Beamten des Hauses zuzuwenden. (Bravo! b. d. Soz.)

Die Resolution Wassermann betr. die Einsetzung einer besonderen Kommission für Handel und Gewerbe wird angenommen. Bei der Abstimmung über die Resolution Behrens betr. Einsetzung einer besonderen Kommission für soziale und Arbeiterangelegenheiten bleibt das Resultat zweifelhaft, der Vorschlag ergibt die Unwesenheit von nur 177 Mitgliedern, von denen 75 (Sozialdemokraten und Wirtschaftl. Vereinigung) mit Ja, 102 mit Nein stimmten. Das Haus ist also beschlußunfähig. Der Präsident beräumt die nächste Sitzung auf eine Viertelstunde später an.

260. Sitzung vom Sonnabend, den 16. Mai, vormittags 12 1/2 Uhr.

Im Bundesratsitz: Dr. Delbrück, Kommissar.

Die Abstimmung über die Resolution Behrens (Wirtsch. Vag.) wird auf die dritte Lesung verschoben.

Die Resolution Kaisermann, betreffend die Bewilligung von Freifahrtkarten während der Dauer der ganzen Legislaturperiode, wird mit allen gegen die Stimme des Abg. v. Wei (Kont.) angenommen. Der Etat des Reichstages ist damit erledigt.

Einige weitere Etats werden debattelos angenommen.

Beim

Allgemeinen Pensionsfonds

wünscht Abg. Erzberger (Zentr.) die Einrichtung einer privaten Anstaltsstelle für pensionierte Offiziere.

Generalmajor von Langemann sagt die Erfüllung des Wunsches zu.

Bei einem Organesatz der Reichspostverwaltung erklärt Staatssekretär Kräfte: Der Bundesrat hat der Umwandlung der nicht pensionsfähigen Zulagen des Bureaupersonals in pensionsfähige zugestimmt.

Abg. Ullrich (Soz.) sagt über Schikanierungen der Postbeamten durch den Postdirektor auf dem Hauptpostamt in Braunschweig. Bearbeiterausfälle in allen Oberpostdirektionen würden uns hier manche Beschwerden sparen.

Staatssekretär Kräfte: Es wird nicht gelingen Unzufriedenheit in die Reihen unserer braven Postunterbeamten zu tragen. Abg. Brühne (Soz.): Die Tätigkeit der Postunterbeamten erkennen auch wir an, dann soll man sie aber auch als tüchtige Beamte besser behandeln. (Sehr auf! bei den Soz.) Auch die Beamten der Oberpostdirektion Braunschweig a. M. klagen über die Verzögerung und schlechte Aufsicht.

Beim Etat der allgemeinen Finanzverwaltung

klagt

Abg. Meise (Natl.) über die ungünstige Lage der deutschen Zuckerindustrie.

Reichsfinanzsekretär Mühlhans weist auf die Zuckerausfuhr nach England hin, die 70 Prozent unserer Zuckerproduktion ausmacht.

Abg. Warm (Soz.): Der Weltmarkt wird natürlich nicht auf die Dauer nur von Deutschland Zucker nehmen. Deshalb muß unsere Zuckerindustrie den Konkurrenzstand heben. Der Inlandmarkt ist überaus aufnahmefähig. Aber er wird nur dann den jetzt nach England ausgeführten Zucker verbrauchen, wenn der Zucker billiger wird, wenn endlich die Zuckersteuer fällt. Gerade die Nationalliberalen, die jetzt über die Verhältnisse in der Industrie klagen, haben die Aufrechterhaltung der Zuckersteuer mit bewilligt. Die Erziehungszentrale geht in handgreiflicher Weise die Schädlichkeit eines privaten Monopols. Trotz der gemilderten Kartellpreise geht sie mit den

Spirituspreise

nicht herab, sondern sie sucht die Destillateure, die ihre Bedingungen nicht annehmen wollen, durch Abgabe geistig zu machen, und da das noch nicht ganz gelingt, geht sie auch zur Alkoholfabrikation über. An sich könnte die Kartellproduktion noch erheblich gesteigert werden. (Zuruf rechts: Aber sie rentiert nicht!) Geheiß, und die kapitalistische Produktion muß vor allem Rente aus dem Boden herauswirtschaften, die sozialistische dagegen wird aus dem Boden Nahrung für das Volk gewinnen. (Leb. Zustimmung b. d. Soz.)

Abg. Koch (Vpt.) und Abg. v. Meining (Welse) wünschen die Herabsetzung der Zuckersteuer.

Abg. Paasche (Natl.): Der Verabschiedung der Zuckersteuer, so erwünscht sie im Interesse der Senkung des Zuckerverbrauchs wäre, können wir mit Rücksicht auf die allgemeine Finanzlage nicht zustimmen.

Abg. Kretsch (Kont.): Die vom Abg. Warm gegen die Spirituszentrale erhobenen Vorwürfe sind unberechtigt.

Abg. Warm (Soz.): Meine Zahlen stammen aus dem Material, das mir eine der Fabriken selbst zur Verfügung gestellt hat. Sie sind absolut richtig und einwandfrei.

Abg. Siebenbürger (Kont.) klagt über die zollfreie Einfuhr von Mehl, welche die Reichskasse, die Landwirtschaft und die Mühlen schädigt.

Abg. Mollenhuth (Soz.): Gerade im Interesse des kleinen Bauern müssen wir soviel Weizen wie möglich in das Land hineinbringen. Der Rückgang des Viehstandes ist vielfach durch den

Mangel an Viehfutter

verschuldet. Der Vorstoß der Konservativen läuft darauf hinaus, den kleinen Bauer zu schädigen und das Fleisch noch weiter zu verteuern. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Fester (Vp.) schließt sich diesen Ausführungen an.

Abg. Kretsch (Kont.): Der kleine Landwirt hat reichlich

Geschichtskalender.

19. Mai.

- 1825 † Saint-Simon, utopistischer Sozialist, in Paris.
- 1910 † Die polnische Dichterin Eliza W. Orzeszko in Grodno.
- 1913 Beginn des Rorschachprozesses (Ermordung Schmeiers), Wien.

Aus aller Welt.

Der Prinz Heinrich-Flug.

Viele Unfälle — ein Flieger tot.

Der Prinz Heinrich-Flug, der am Sonntag morgen von Darmstadt aus seinen Anfang nahm, führte über Mannheim, Forstheim und Straßburg. In Darmstadt und 25 Flieger aufgestiegen. Sonntag morgen um 16 Uhr überflog der erste Apparat, der des Oberleutnants von Seuffert, den Straßburger Flugplatz. Der Flieger warf eine Kontrollkarte herab. Um 6 Uhr folgte ihm der Straßburger Flieger Viktor Stöcker, der von dem nach Tausenden stehenden Publikum mit ungeheurer Jubel begrüßt wurde. In kurzen Zwischenräumen folgten dann Leutnant von Thüna, und Leutnant von Buttlar, Leutnant Pfeiffer, Leutnant Schlemmer und der Flieger Schwanenburg. Die beiden Leutnants Geber und Mühlisch mieden gegen 9 Uhr auf dem Flugplatz landen und Wenzig einnehmen. Ferner überflogen den Flugplatz Leutnant Preßler, Leutnant Ladeberg, Leutnant Jolly, Leutnant Hanemann, Leutnant Bonde, Leutnant Nolde, die Flieger Freindl, Schlegel, Oberleutnant Kaffner, die Flieger Krumpholtz, Thelen, Paschen. Der Flieger Friedrich mußte eine Notlandung in Baden-Baden vornehmen.

Leider haben sich beim Prinz Heinrich-Flug auch eine Reihe Unglücksfälle ereignet, von denen einer so gar tödlich verlaufen ist. Ein Doppeldecker der Luftverkehrs-Gesellschaft „Mercedes“ stürzte bei Maulbronn aus beträchtlicher Höhe herunter. Der als Beobachter mit aufgestiegene Leutnant Müller vom 8. bayer. Infanterie-Regiment war sofort tot, während sein Kamerad, der das Flugzeug führte, Leutnant Wals, gleichfalls vom 8. Infanterie-Regiment, so schwere Verletzungen davontrug, daß man an seinem Aufkommen zweifelt.

Außerdem mußte ein Albatross-Doppeldecker „Mercedes“ bei Zeuzfeldmühle in der Nähe von Gerrenalb eine Notlandung vor-

nehmen. Die beiden Flieger erlitten jedoch nur unbedeutende Verletzungen.

Der Flieger Ladeberg mußte gleichfalls eine Notlandung vornehmen. Er ging in Wischweiler (Elsass) nieder, da ihm die Steuerung zerbrochen war.

Bei Mainz stürzte das Flugzeug Nr. 6 ab. Der Führer, Oberleutnant Nolde vom Infanterie-Regiment Nr. 97, blieb unversehrt. Dagegen wurde Leutnant Nolde vom Infanterie-Regiment Nr. 7 schwer verletzt.

Auch der in Breslau befindliche und bei einem hiesigen Regimente stehende Fliegerleutnant Sarganico ist das Opfer eines schweren Unfalls geworden. Wie aus Darmstadt gemeldet wird, fiel Leutnant Sarganico, der auf einem V. V. O.-Doppeldecker ins Rennen gehen wollte, kurz vor 7 Uhr auf dem Darmstädter Flugplatz zu einem Probeflug auf. Er machte mit dem schweren Doppeldecker, in dem er sich allein befand, sehr scharfe Kurven und Wendungen, die die Bewunderung der zahlreich zugehörten Zuschauer erregten. Plötzlich legte das Flugzeug sich in einer Linkskurve senkrecht auf die Seite und rutschte erst langsam, dann immer schneller in die Tiefe. Nicht über dem Boden drehte sich die Maschine einmal um sich selbst. Dieser Unfall wurde dem Offizier zur Rettung, denn der Fall wurde dadurch gebremst. Beim Ausschlagen wurde Leutnant Sarganico aus dem Flugzeug herausgeschleudert und erlitt, soweit bisher festgestellt werden konnte, einen Bruch des linken Armes und des rechten Beines. Er wurde in das Darmstädter Garnisonlazarett gebracht. Ob der Flieger schwere Verletzungen erlitten hat, konnte noch nicht festgestellt werden.

Eine Verurteilung impfgegnerischer Ärzte.

Ein namentlich in fachwissenschaftlichen Kreisen mit großem Interesse verfolgter Prozeß hat nach zweitägiger Verhandlung vor der Strafkammer in Frankfurt a. M. seinen Abschluß gefunden. Unter der Anklage der fahrlässigen Tötung bzw. der fahrlässigen Körperverletzung sowie der Uebertretung des Reichsverschuldungsgesetzes hielten sich die praktizierenden Ärzte Dr. Roderich Spöhr und Dr. Max Wachen aus Frankfurt zu verantworten. Beide Angeklagte stehen auf dem Standpunkte, daß die Schutzimpfungen völlig zwecklos, ja direkt schädlich seien, und erziehen daher die Aufhebung des gesetzlichen Impfpflichtes. Namentlich Dr. Spöhr ist als Agitator im impfgegnerischen Kreise bekannt. Das Unglück wollte es nun, daß Dr. Spöhr im Mai des Jahres 1912 selbst an den schmerzhaften

einem Schauspielerin, die aus England zugereist war und in Nizza im Krankenhaus neben einer Blatternarade untergebracht gewesen war. Die Anklage wirft dem Dr. Spöhr vor, daß er außer Achtlassung der Vorschriften des Reichsverschuldungsgesetzes die Erkrankung der Patientin nicht zur Anzeige gebracht habe. In der Folgezeit erkrankten noch einige weitere Personen an Pocken, darunter auch Mitglieder der Familie des Angeklagten. Ein Fall verlief tödlich, und zwar der einer Frau Funf, die im Krankenhaus an echten Pocken verstarb. Dr. Wachen wird vorgeworfen, daß er durch Nichtanzeige oder Krankheit des Dr. Spöhr zur Weiterverbreitung der Seuche beigetragen habe. Die Verhandlung hat bereits einmal die Strafkammer beschäftigt, und zwar am 19. und 20. Juni vor. Rahms. Damals verteidigte sich Dr. Spöhr damit, daß er die Erkrankung der Patientin als Windblattern aufgefacht habe, für die eine Anzeigepflicht nicht besteht. Der Mitangeklagte Dr. Wachen behauptete, daß er Dr. Spöhr als Freund besucht habe, als dieser krank darniederlag, und sich nach jedesmaligem Besuche sorgfältig desinfizierte. — Dr. Spöhr will sich während seiner Krankheit sorgfältig von der Außenwelt abgeschlossen gehalten haben. Es wurde aber in der ersten Verhandlung festgestellt, daß er während des Zeitraumes des Prozeßes auf der Veranda liegend die abheilenden Pocken an den Fingern mit einer Schere abgeschnitten hatte, und der Vertreter der Anklage folgerte daraus, daß dadurch Krankheitskeime mit dem Wind weitergeführt werden konnten. — Die ganze Angelegenheit kam zur Kenntnis der Behörde durch eine anonyme Anzeige, als auch die Kinder des Angeklagten Spöhr erkrankten. — Auf Grund der Beweisaufnahme wurden seinerzeit Dr. Spöhr und Dr. Wachen wegen Uebertretung der Paragraphen 1, 2 und 45 des Reichsverschuldungsgesetzes zu je 300 Mark Geldstrafe bzw. je 30 Tagen Haft verurteilt. Die Strafkammer hielt eine fahrlässige Tötung und eine fahrlässige Körperverletzung nicht für nachgewiesen. — Gegen dieses Urteil legte die Staatsanwaltschaft Revision beim Reichsgericht ein, das das Urteil aufhob und die Sache zur erneuten Verhandlung an die Strafkammer zurückwies.

An der jetzigen Verhandlung nahmen wesentlich neue Momente nicht zu. Die medizinischen Sachverständigen stellten sich wieder auf den Standpunkt, daß das Haus des Dr. Spöhr der Ausgangspunkt der Blatternepidemie gewesen sei. Dr. Spöhr habe gegen die medizinische Wissenschaft verstoßen. — Die Strafkammer kam wiederum zu einer Verurteilung der Angeklagten und erkannte gegen Dr. Spöhr wegen fahrlässiger Körperverletzung auf die Höchstzulässige Geldstrafe von 1800 Mark, wegen Uebertretung des Reichsverschuldungsgesetzes wurden beide Angeklagte

Futter für sein Vieh auf dem eigenen Boden. (Lebhafter Widerspruch links.) Futterbedarf hat nur der Viehhändler.

Abg. Eisenhütten (Konf.): Das Zollgesetz muß jedenfalls beachtet werden.

Abg. Neuhaus (Zentr.): Magt darüber, daß die Bundesstaaten für die Einziehung der Zölle und Steuern zu geringe Entschädigung erhalten.

Reichsfinanzminister Mühl: Ueber die Neuregelung dieser Entschädigung wird dem Reichstage eine Vorlage zugehen.

Bei der Beratung des Staatsgesetzes begründet Abg. Graf v. Westarp (Konf.) einen Antrag,

den Wehrbeitrag

in größerem Umfange zur Deckung der ehemaligen und fortlaufenden Ausgaben der Jahre 1913 bis 1916 zu verwenden.

Reichsfinanzminister Mühl: Der Antrag bedeutet eine Minderung der Finanzierung der Wehrevorlage, die erst im vorigen Jahre beschlossen ist. Materieell ist er vernünftlich belanglos, da aus dem Wehrbeitrag sicherlich nicht 1200 Millionen Mark einkommen werden.

Abg. Erzberger (Zentr.): Der Antrag enthält eine Kenderung eines Gesetzes durch ein Staatsgesetz, also eine Erweiterung der Rechte des Reichstags, die von den Reichstagen ausgehend, nur symptomatisch berühren kann. (Heiterkeit.) Materieell will der Antrag, daß das Wehrverkommen aus dem Wehrbeitrag über tausend Millionen Mark zur Abdeckung des Wehrbeitrages benutzt wird. Dem können wir nicht zustimmen.

Abg. Dieckhoff (Sp.) bekämpft den Antrag ebenfalls.

Nach weiteren Bemerkungen der **Abg. v. Westarp (Konf.)** und **Schiffer (Mail.)**, die in eine Diskussion darüber ausarten, ob die Konserveration dem Wehrbeitrag mehr oder weniger freudig zugestimmt haben, wird der Antrag Graf Westarp abgelehnt.

Der Rest des Staats wird debattelllos genehmigt.

Das Spionagesgesetz.

Abg. Stadthagen (Soz.): Wir erkennen an, daß die Kommission aus dem Entwurf die beabsichtigte Diktatur der Militärbehörde bekräftigt und ihm die Giftzähne gegen die Arbeiter und Angestellten der Presse ausgebrochen hat. Aber es bleibt noch genug übrig, um uns zur Bekämpfung dieses Gesetzes zu veranlassen. Selbstverständlich verurteilen wir mit jedem anderen den Landesverrat und wollen ihn verhindern, aber dazu genügen mindestens die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, soweit man der Spionage mit Strafgesetzen beikommen kann. Das Reichsgericht hat durch seine ausdehnende Rechtsprechung alle möglichen Dinge für militärische Geheimnisse zu erklären verstanden, sogar Dinge, die jeder sehen kann und sie sich gar nicht geheimhalten lassen. Ich doch sogar die ganze Insel Helgoland wegen ihrer strategischen Bedeutung als militärisches Geheimnis erklärt worden! Einer derartigen ausdehnenden Rechtsprechung schiebt auch diese Vorlage einen Riegel nicht vor. Man hat aber das gegen unseren Widerspruch beschlossene Gesetz von 1893 bewiesen, daß man durch Strafgesetze die Spionage überhaupt nicht bekämpfen kann — die Spionage hat sich seitdem vielleicht noch vermehrt. Man hat Verwaltungsmaßnahmen angehängt, daß ausländische Arbeiter auf den Werften, bei Festungsarbeiten usw. nicht beschäftigt werden dürfen, aber auf der „geheimen“ Insel Helgoland werden sie bis heute beschäftigt. Sehr häufig handelte es sich ja bei den angeführten militärischen Geheimnissen nur

um überflüssige militärische Geheimnistämerei.

Die letzte Zeit hat genug Beweise dafür geliefert, daß eine wirklich wirksame Bekämpfung der Spionage die Verstaatlichung der Rüstungs-, Wert-, Eisen-Industrie und der Industrie der Schiffe der Erde zur Voraussetzung hat. Vor allen Dingen aber muß derjenige, der den Landesverrat wirklich bekämpfen will, dafür sorgen, daß nicht innere Zustände herrschen, die einem großen Teil der Bürger das Staatsgeheimnis, die Vorentscheidung an der Spitze des Staates nehmen und die dadurch im Ausland die Ansicht entstehen lassen, daß dieser Staat infolge dieser inneren Zustände weniger in der Lage sein könnte, sich zu wehren, so daß hierdurch gerade ein Anreiz für die ausländische Spionage gegeben wird. In dieser Beziehung muß die Polizeipolizei gegen bestimmte politische Richtungen, die Vorentscheidung der Gleichberechtigung gegen ganze Nationen und die Entfaltung des Klassenkampfes gegen große Gruppen von Staatsbürgern durch den Staat der Spionage

Vorlauf leisten. Diese Dinge sind es, die im Ausland den Glauben erwecken, daß die inneren Zustände so faul seien, daß man Galtungen gewinnen könnte, die bereit sind, die schimpfliche Tat des Landesverrats zu begehen. In diesem Sinne wird aber auch auf militärischem Gebiet reichlich gesündigt. Die Aufrichtung der unüberwindlichen Schranken zwischen Soldaten und Offizieren, die Unmöglichkeit, daß im Heere

Jeder nach seinen Fähigkeiten

auch die höchsten Stellen erreiche — das bereitet den Boden für die Spionage; und ebenso geschieht das dadurch, daß die beschworene Reichs- und preussische Verfassung unausgelegt gegenüber der Masse der Bürger verkehrt, daß die beschworene Gleichberechtigung und objektive Rechtsprechung ihnen vorenthalten wird, daß man Angehörigen der größten Partei des Volkes nur wegen ihrer Gesinnung die stützliche Gattung zum Einjährig-Freiwilligen abweist! Diejenigen, die an solchen Zuständen schuld sind, die sie billigen, die machen sich in Wahrheit des Hochverrats schuldig, indem sie, wie ich schon ausführte, das Ausland zur Betreibung der Spionage anregen. — Soweit die jetzige Vorlage noch Verschärfungen gegenüber dem Gesetz von 1893 enthält, bitten wir Sie bringend, diese Verschärfungen zu streichen.

Zusätzliche soll bei milderen Umständen Festungshaft zugelassen werden. Erlaubt eine Reihe von Reichsgerichtsräten, die sonst noch über die Kommissionsbeschlüsse hinausgehen, bitten, es in diesem Punkte bei der Mäßigkeit der Festungshaft zu belassen. Ferner soll nach Ihren Beschlüssen bei schweren Schanden für das Reich lebenslanges Zuchthaus zugelassen sein. Ist 15 Jahre Zuchthaus nicht genug? Solche Strafverschärfung ist ein Zeichen sozialer Inkultur, und die Liberalen sollten solche Ungehörlichkeit schon wegen der Minderwirkung auf die allgemeine Reform des Strafbuches nicht billigen. (Lebh. Zustimmung v. d. Soz.)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Das Gesetz wird in allen seinen Paragraphen unter Ablehnung der von den **Abg. Cohen (Soz.)** und **Stadthagen (Soz.)** vertretenen Anträgen der Sozialdemokratie mit allen bürgerlichen Stimmen nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Montag 12 Uhr (Nachmittags), Militärstrafgesetznovelle, Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige, Kohldampferubvention und 3. Lesung der Seelösungsnovelle.

Schluß: 7 1/2 Uhr.

Parteiangelegenheiten.

Aus den Parteioptionen. Im sozialdemokratischen Verein für den ersten hiesigen Reichstagswahlkreis 3 ist a. a. stieg im abgelaufenen Geschäftsjahre die Mitgliederzahl von 1849 auf 2364; darunter befinden sich 345 weibliche. Frauenabende finden jetzt in drei Orten statt. Die Zentralbibliothek vermehrte ihren Bestand von 1710 auf 1843 Bände. Der Kreisbildungsausschuß traf 68 Veranstaltungen, davon 36 auf wissenschaftlichem und 21 auf künstlerischem Gebiete. Die Jugendbewegung hat in sechs Orten Fuß gefaßt. Die Einnahmen betragen 8871,27 Mk.

Die am Sonntag stattgefundene Generalversammlung beschloß, einen Antrag an die Landesversammlung zu richten, wonach die Landesinstanzen mit der Redaktion und dem Verlag der „Kommunalen Praxis“ in Verbindung treten sollen, um eine bessere Ausgestaltung der Zeitschrift zu erreichen. Alljährlich sollen zwei Gemeindevorkonferenzen stattfinden. Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevorkonferenzen stieg von 25 auf 102. Als Kreisleiter wurde Genosse Heinrich Schneller wiedergewählt.

Schlesien und Posen.

Krieg, 18. Mai. Auch die Frauenbewegung geht vorwärts. Am Donnerstag wurde hier eine Frauen-Versammlung abgehalten, die außerordentlich gut besucht war. Genosse Schölich-Breslau hielt einen Vortrag über Wirtschaftsleben und Frauenbewegung. In überzeugender Weise verstand es der Redner den Erscheinungen zum Bewußtsein zu bringen, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse die Frau immer mehr

Ein militärisches Schreckensurteil

ist vom Kriegsgericht der 2. Division in Jüterburg gefällt worden. Am 18. April dieses Jahres waren in der Stadt Rastenburg die Grenadiere Gronau, Schädling, Fiedler, Brandenburg und Eisenhardt über Zapfenstreich ausgeblieben. Auf der Straße trafen sie den Unteroffizier Braun; Fiedler und Schädling wollten entweichen. Der Unteroffizier ging ihnen aber nach und wollte Fiedler festnehmen. Dieser erhob die Hände gegen den Vorgesetzten, und Schädling faßte den Unteroffizier in die Hüften. Als Gronau hinkam und den Unteroffizier flieh, zog dieser sein Seitengewehr und verzeigte damit dem Gronau zwei Fiebe, der darauf veruchte, dem Unteroffizier die Waffe zu entwenden. Dabei kratzte er ihn am Hals. Schließlich wurden alle fünf abgeführt.

Gronau erhielt vom Kriegsgericht zwei Jahre und neun Monate, Schädling zwei Jahre und einen Monat, Fiedler vier Monate Gefängnis, Brandenburg und Eisenhardt belamen fünfzehn Tage strengen Arrest.

Mit über fünf Jahren Gefängnis ist also dieser Leichtsinns der Soldaten bestraft worden.

Opfer des Militarismus.

Am Sonnabend vormittag hat sich auf dem Truppenübungsplatz Polgon bei Straßburg, ein schwerer Unfall ereignet. Eine Anzahl Soldaten des Infanterieregiments Nr. 182 bediente mehrere auf einem hölzernen Gerüst aufgestellte Maschinengewehre, als dieses plötzlich infolge der großen Belastung zusammenbrach. Die Soldaten stürzten mit den Maschinengewehren aus beträchtlicher Höhe herab. Fünf Mann erlitten schwere Verletzungen und mußten sofort ins Militärlazarett eingeliefert werden. Die Maschinengewehre blieben unbeschädigt.

Noch ein Todessturz zweier Offiziersflieger.

Auf dem Flugplatz in Halberstadt sind Sonnabend nachmittag 5 Uhr zwei auswärtige Militärflieger, Leutnant Biegan und vom Infanterieregiment Nr. 122 und Oberleutnant Fellingner vom Pionierbataillon von Rauch Nr. 8, die eine Landung vornehmen wollten, infolge Flügelbruchs aus 500 Meter Höhe abgestürzt. Beide waren sofort tot.

Russische Gefängnis-Treue.

Die transsibirische Zeitung „Nemj“ schildert die schrecklichen Zustände zweier Gefängnisse bei Irkutsk. Ein Gefängnis ist mit Inassen vollgepflegt. In einem Raum für 35 Personen müssen 100 bis 120 Personen sich aufhalten. Die Luft ist erstickend und trotzdem fehlt die Ventilation. Die Hellen sind kalt, da sie sehr mangelhaft geheizt werden. Das nicht durchbadene Brot bleibt den Sträflingen beim Essen an den Ärmern kleben, und alle Anwesen tragen Lumpen auf dem Leibe. Die Hälfte der Sträflinge liegt ständig krank darnieder und die Hälfte der Kranken rafft der Tod hinweg.

als Mittkämpferin an die Seite des Mannes zwingen. Der Fall, den der Redner für seine treffenden Ausführungen erwarb war stark. Hierauf wurde in den Vorstand der Partei Genosse Melonne gewählt. Der gahseliche Versuch, den diese Besammlung aufwieh, muß für alle Parteigenossen und Genossen ein Ansporn sein, immer mehr neue Mittkämpfer unserer Partei zuzuführen. Vor allem aber sollten es die Parteigenossen für ihre erste Pflicht erachten, die eigene Frau der Partei zuzuführen.

Krieg, 18. Mai. Einen dreifachen Einbruch verließ der Gelegenheitsarbeiter Trzwick von hier. Am Freitag aber war er in der Goldmannschen Destillation, Oppelner Straße eingekerkert, und hatte beobachtet, wo die Badenkasse war und sich noch Geld darin befand. Er versteckte sich unter einer Badenkasse, in der etwa 50 Mk. in Papier- und Nickelgeld waren. Durch das Umherleuchten im Lokal waren Leute von gegenüber aufmerksam geworden und veranlaßten durch die Polizei seine Festnahme.

Kriegshals, 18. Mai. Selbstmord. Die etwa 23 Jahre alte Tochter des Kaufmanns Wshnisch von hier machte ihr Leben durch Erschießen ein Ende. Die Lebensmüde wollte sie in den nächsten Tagen verloben.

Waldburg, 18. Mai. Opfer der Grube. Auf der fürstlichen Jagdschatz verunglückte der Bauer Schmidt von Ober-Waldburg zu Tode. Vor der Arbeit des Verunglückten ging plötzlich ein Bau zu Bruche, wobei Schmidt verschütt wurde. Er ist erst kurze Zeit verheiratet und hinterläßt neben seiner Frau ein Kind.

Waltkau, 18. Mai. Genickstarre. An Genickstarre verstarb, wie amtlich festgestellt, die Tochter des Wirtschaftsbefehlshabers Jachnel im nahen Gertich. Die Familie verlor in kurzer Zeit hintereinander drei Kinder. Man vermutet, daß auch die beiden anderen Kinder dieser unheimlichen Krankheit zum Opfer fielen.

Grünberg, 18. Mai. Vor Schreck beim Anblick eines Feuers gestorben. Durch den Ausbruch eines Schandeneuers zu Schweinitz im hiesigen Kreise wurde in Nachbarhause der Brandstätte ein 83jähriges Fräulein Hoffmann vom Tode ereilt. Sie war schon zu Bett, da brang ein heller Feuerchein durch ihre Fenster; sie stand so schnell wie möglich auf und kleidete sich an. Blöhllich fiel sie um und starb, wahrscheinlich infolge der Aufregung und des Schreckens am Herzschlag.

Löwenberg, 18. Mai. Tödlicher Unglücksfall. Sonnabend früh stürzte in Sigrich infolge eines Schwindelanfalls, worunter sie öfters litt, die Stellenbefehlswitwe Perriette Wähld beim Wasserholen in den Ludwigsdorfer Bach und ertrank.

Dunzlau, 18. Mai. Tödlicher Unfall eines zweijährigen Kindes. Montag mittag verunglückte in Dittendorf des zweijährige Tochterchen des Maurers und Stellenbefehlshabers Küttner schwer, indem es in einen Kibel aufgebürhter Kleie fiel. Kopf und ein Arm wurden dabei schwer verbrüht, daß das Kind bald in das Krankenhaus gebracht werden mußte, wo es am Dienstag nachmittag dem schweren Verbrühlung erlegen ist.

Wodau, 18. Mai. Die Böschhille auf dem Land Freitag früh brannte die Wirtschaft des Stellenbefehlshabers Thoma vollständig nieder. Außer dem Vieh wurde fast gar nichts gerettet, da es fast eine Stunde dauerte, bis eine Spritze zur Stelle war. Trosthem sofort das Nachbardorf Bomben, da zum Untsbeginn gehört, telephonisch benachrichtigt wurde, daß die Spritze von dort mit zwei Begleitern erst nach 1 1/2 Stunden kam. Nach und nach, als es nichts mehr zu retten gab, trafen auch noch andere Spritzen ein.

Sulz, 18. Mai. Murr im Felde. Sein Stadtverordnetenmandat hat der polnische Kaufmann Kasimir Jenktele untergelegt, weil er mit dem polnischen Mehrheitsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung nicht einverstanden war, nachdem die Stadt zu dem im nächsten Jahre hier errichtenden Kreisarchival einm Beitrag von 300 Mark zahlte.

Verhaftung der Automobilbanditen von Kolmar.

Den eifrigen Nachforschungen der französischen Polizei ist es am Sonnabend gelungen, den Schlupfwinkel der beiden Mörder des Chauffeurs Kohler, der von ihnen in eine Schlucht bei Kolmar im Automobil erschossen wurde, in der Hand zu erraten und sie zu machen. Die beiden Verbrecher, die die Polizei unter dem Namen Lambert und Trutz bekannt waren, hatten sich bekanntlich nach Frankreich geflüchtet, da sie hofften hier leichter den Nachforschungen der Polizeibehörden zu entgehen. Die Polizei in Le Havre erhielt am Sonnabend früh Kenntnis davon, daß die beiden Mörder in einem hiesigen Hotel in der Nähe der Polizeibehörden in das Hotel, um die Gesuchten dingfest zu machen. Als ein Polizeibeamter sich in das Zimmer der Verbrecher begeben wollte, um die Verhaftung vorzunehmen, fand er die Tür verriegelt. Der Beamte drückte darauf die Tür ein, worauf die Verbrecher mehrere Schüsse auf die eindringenden Beamten abgaben, ohne sie indes zu treffen. Als der eine der Banditen, namens Trutz seinen Revolver zum dritten Male abfeuerte, verzeigte ihm ein Beamter einen Schlag auf den Arm. Die Kugel verzeigte ihm die Richtung und ging dem Verbrecher selbst in den Kopf über auf der Stelle getötet wurde. Darauf gab auch der andere Komplize, Lambert, der sich mit einem Rasiermesser vertheidigt hatte, den Widerstand auf und ließ sich abführen. Die beiden Mörder waren am Morgtag von Straßburg nach Verunglücktet und hatten sich unterwegs bei einer Verwandten Wittwe zur weiteren Flucht verschafft.

Bergiftung mit Enteneiern.

Fünf Personen sind in Genf (Schweiz) nach dem Genuß von Enteneiern unter Bergiftungsercheinungen erkrankt. Am Freitag abend brach ein Arbeiter seiner Familie mehrere Enteneier mit und es gleich davon. Am nächsten Tage mußte er ins Krankenhaus gebracht werden. Jetzt erhen auch die Frau und die Kinder von den Eiern und erkrankten ebenfalls. Eins der Kinder ist bereits gestorben. Der Mann schwimmt in Lebensgefahr.

Beduinensüberfall

auf einen gestrandeten Dampfer.

Der Dampfer „Solferino“ ist in der Nacht vom zum 15. ds. Mts. zwischen Bardia und Rafelmitly (Libyen) nahe bei der Küste, aufgelaufen. In der Frühe des Tages gaben Beduinen, während sich ein Teil der Besatzung von der Passagiere auf Rettungsbooten einschiffte, mehrere Gewehrschüsse ab, durch die ein Passagier und ein Matrose getötet, ein Maschinist und zwei Passagiere verwundet wurden. Die Uebrigen gelangten unverletzt nach Dobruk. Mehrere Schiffe haben sich an Ort und Stelle eingestellt, um die an Bord des „Solferino“ gebliebenen Personen zu bergen. Das Befinden der Verwundeten ist zufriedenstellend.

Kleine Notizen.

— Parzivalverbot in Russland. Die Peterburger Theaterzensurbehörde wies zum zweiten Male das Gesuch des Rigaer Deutschen Theaters um die Erlaubnis zur Aufführung des Parzival von Richard Wagner ab. Vorher wurden ebenfalls zwei Gesuche von russischen Theatern abgelehnt. Die Inszenierung

Begründung des Urteils führte der Vorsitzende aus, daß Dr. Soohr als Arzt, dem seine Mitmenschen mit Vertrauen entgegenkommen, die Allgemeinheit in eine schwere Gefahr gebracht habe. Man müsse sein Verhalten direkt gemeingefährlich nennen. Andererseits sei berücksichtigt worden, daß er durch die Krankheitsfälle in seiner eigenen Familie schon schwer genug bestraft worden sei.

Drei juchtbare Blutaten in Berlin.

Der Vater in der Notwehr erschossen.

Eine ergreifende Familiendramödie verzeigte am Sonntag in Berlin die Bewohner des Hauses Grünthalerstraße 50 in große Aufregung. Der hier wohnende, 58 Jahre alte Eisenbahnbeamte Karl Westel wurde im Laufe des Nachmittags von seinem 23jährigen Sohn erschossen. Es steht zweifellos fest, daß der Sohn in der Notwehr gehandelt hat. Die Leiche des Erschossenen wurde von der Kriminalpolizei beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht. Der Täter wurde einstweilen festgenommen. Westel war seit 26 Jahren am Lehrter Bahnhof als Willekontrollleur beschäftigt, während sein Sohn als Hausdiener arbeitete. Westel krank seit 15 Jahren und mißhandelt in der Trunkenheit seine Frau und Kinder in brutaler Weise. Fast täglich waren die Hausbewohner Zeugen wilder Ausbrüche. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag verurachte er wieder eine Armeszene. Aus Furcht vor ihm hatten sich die Frau und die beiden Kinder in der Küche eingeschlossen. Der unmenschliche Vater zertrümmerte die Küchentür und geschlug mit einem Hammer die Einrichtung, worauf er sich entfernte. Später erschien er wieder und schlug mit einem dicken Spazierstock auf Frau und Sohn ein. Um die Mutter zu schlagen, zog der Sohn einen Revolver und schob dreimal auf den Vater, der auf der Stelle getötet wurde. Der Sohn veruchte, in der Verzweiflung sich aus dem Fenster zu stürzen, konnte jedoch daran verhindert werden.

Ein Raubmord.

Im Osten Berlins wurde am Sonntag ein Raubmord entdeckt, der schon einige Tage zurückliegen muß. Die 67 Jahre alte Witwe Julie Mahler wurde Sonntag von einem Verwundeten in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Die Unordnung, die in dem Zimmer herrschte, und die Lage der Leiche, die mit Kleidungsstücken bedeckt war, berechtigten sofort zu der Annahme, daß die Frau ermordet worden ist. Die Ermittlungen der Mordekommission ergaben auch einwandfrei, daß ein Mord vorliegt. Als Täter kommt ein Einbrecher in Betracht, der aber noch nicht verhaftet werden konnte.

Der Bruder erschossen.

Im Norden Berlins, im Hause Brenzlauer Allee 202, kam es am Sonnabend abend zwischen den Brüdern Franz und Alexander Kaspar zu Streitigkeiten, die einen tödlichen Ausgang nahmen. Franz Kaspar wurde von seinem Bruder durch einen Stich ins Herz getötet. Es steht zweifellos fest, daß der Bruder mörderer Karl angegriffen war. Auf der Polizei wurde er zwar die Tat und